

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verabfassung: Drag II., Arzávala 1A • Leipzig: 20705, 31460 • (Kaschirballein): 26797 • Dohlforsant: 57344

11 Jahrgang.

Sonntag, 15. November 1931

Nr. 266.

Die Indienkonferenz gescheitert.

Die Früchte des Tories-Sieges beginnen zu reifen!

London, 14. November. Die Indienkonferenz ist am Freitag mit einem Misserfolg zu Ende gegangen. Der Premierminister mußte als Vorsitzender des Runderhebenausschusses feststellen, daß eine Einigung über die Frage der Vereinfachung der verschiedenen Runderheben an der Zentral- und Provinzialverwaltung nicht erzielt werden konnte und daß damit die Aufgabe der Konferenz, nämlich in gemeinsamer Arbeit zwischen Vertretern Indiens und Englands ein freies Verfassung für Indien herzustellen, ungelöst bleibt. Die Lösung der Runderhebenfrage die absolut notwendige Voraussetzung für eine selbständige Verfassung Indiens ist.

Was soll nun geschehen? Der Premierminister schlug vor, die Berichte der Unterausschüsse in wenigen Tagen einer letzten Vollversammlung der Konferenz vorzulegen und stellt für diese Gelegenheit eine abschließende Erklärung der Regierung über ihre Indienpolitik in Aussicht. Nachdem es nicht gelungen ist, zusammen mit Indien eine Verfassung auszuarbeiten, bleibt nur die Möglichkeit, daß die britische Regierung eine solche Verfassung einführt, die freier als genug ist, von Indien angenommen zu werden, und die gleichzeitig die Rechte Englands soweit wahr, daß die Konferenz im nächsten Parlament sie billigen. Eine solche Verfassung müßte natürlich eine Lösung der Runderhebenfrage einschließen, welche den Frieden in Indien sichert. Ist eine solche Lösung überhaupt zu finden?

Reizt vor fünf Wochen hatten die Hindus und Moslems den Delegierten erklärt, daß sie zu keiner Einigung gelangen könnten. Das kürzlich erreichte Abkommen zwischen den Moslems und kleineren Runderheben hatte vorübergehend Hoffnungen erweckt, daß nun doch noch eine Einigung zwischen Moslems und Hindus herbeizuführen sei. Das hat sich als unumgänglich erwiesen, da das erwähnte Abkommen von der Majorität, nämlich den Hindus, aufgestellten Grundzüge völlig ignoriert. Ein nicht unbedeutender Teil der indischen Delegierten tritt angesichts des völligen Scheiterns dafür ein, daß der Premierminister selbst einen Vermittlungsvorschlag zur Lösung der Runderhebenfrage vorlegt. Hat die englische Regierung einen Vorschlag, der Aussicht hat, angenommen zu werden, in Bereitschaft und will sie die Verantwortung dafür übernehmen? MacDonald scheint zu zögern. Es ist verständlich, denn er hat nicht nur mit den indischen Nationalisten zu rechnen, die den Runderheben kein Recht auf Indien zubilligen, sondern auch mit den Nationalisten im eigenen Land, die Indien keine Freiheit gönnen.

Moskau verwahrt sich gegen japanische Provokationen.

Moskau, 14. November. (Tsch.) Die Moskauer Presse veröffentlicht folgende Meldung aus Peking (Peking): In Peking treffen andauernd Nachrichten über die provokatorische Tätigkeit japanischer militärischer Kreise in der Mandschurei ein. In der Station Mandschuri verhafteten die chinesischen Behörden den Weisgardisten Utschikow, der aus Chardin kam und nach dessen Aussagen als auch den bei ihm gefundenen Dokumenten wiederum neue Beweise für die von den japanischen militärischen Behörden und von den Weisgardisten vorbereiteten provokatorischen Aktionen gegen die Sowjetunion vorliegen.

Die Moskauer Presse meldet weiter aus Peking: Nach Meldungen aus autoritativen chinesischen Chorbüro Quellen entsandte das Kommando der Okkupationsabteilungen Truppen in das Gebiet von Mandschuri und an die sowjet-chinesischen Grenzorte, die feinerzeit der Showplay des sowjet-chinesischen Konfliktes über die Schandensache Bahn waren. In diesem Abschnitt sollen die japanischen Soldaten die von den Sowjetagenten hergestellten Überreste von Geschossen und anderes Kriegsmaterial sammeln. Nach dem sowjet-chinesischen Konflikt sammelte die Bevölkerung diese Überreste, was eine Unterstützung der chinesischen Behörden bedeutete. Das japanische Kommando beachtet augenscheinlich diese Überreste als „corpus delicti“ für ihre Behauptung zu verwenden, daß die Sowjets den General Ma unterstützen.

Genosse Dr. Czech im Budgetausschuß:

Soziale Aufbauarbeit in schwerster Krisenzeit.

Kehenschaftsbericht des Fürsorgeministers. — Weitere Vorsorgen für die nächste Zukunft.

Prag, 14. November. Im Budgetausschuß hat Fürsorgeminister Genosse Dr. Czech am Freitag ein ausführliches Referat erstattet, das auch dem Laien ein umfassendes Bild der ungeheuren, leider sonst viel zu wenig bekannt werdenden Arbeit bietet, die das Ministerium unter der tatkräftigen Leitung seines rastlos tätigen Vorgesetzten in dieser Zeit der ungeheuren Krise im Dienste der Opfer dieser Krise leistet. Es gibt kein noch so spezielles Gebiet der sozialen Fürsorge, von dem der folgende Bericht nicht melden könnte, daß emsig gearbeitet wird, daß entweder schon Gesetzentwürfe verhandlungsreif sind oder Vorarbeiten mit aller Gründlichkeit getroffen werden. Es ist einfach kein Gebiet, auf dem sich die Initiative Dr. Czechs in den zwei Jahren seiner Ministerstätigkeit nicht erfolgreich ausgewirkt hätte.

Daß vieles nicht ganz so ausgefallen ist, wie es gedacht war, daß viele dringliche Vorlagen heute noch unerledigt im interministeriellen Verfahren stecken oder sonst wie gebremst werden, gehört in ein anderes Kapitel. Welche Kreise der bescheidenen Klassen und ihrer parlamentarischen Vertreter haben eben auch heute noch kein Einsehen für die Not der Zeit, haben kein Verständnis auch nur für die notwendigsten Hilfsmassnahmen für die Krisenopfer, die vor dem völligen Zusammenbruch ihrer Existenz stehen. Die soziale Fürsorge mag bei jener Menschensorte vor der eigenen Tasche halt, und eine geistige Presse tobt sich aus in Angriffen gegen ein angebliches „Uebermaß“ in diesen Dingen. So muß jede soziale Hilfsmassnahme erst in mühsamen Kämpfen gegen diese Widerstände durchgesetzt werden, wobei es ohne Kompromiß, ohne Kompensationen leider nicht immer abgeht. Wären diese Hemmungen nicht, der Bericht des Ministers über die geleistete Arbeit, die Skizzierung der weiteren Pläne für die Zukunft würde gewiß noch viel ereignisreicher ausfallen.

Gerade in der nächsten Zeit stehen neue Schwierigkeiten bevor. Der Kampf um den Mieterschutz und darüber hinaus um ein modernes Wohnungsgesetz, die Schaffung eines Notfonds für die Arbeitslosen und so manche anderen Entwürfe des Fürsorgeministeriums werden Stoff genug zu Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Besitzklassen schaffen. Heute gilt es daher mehr denn je, alle Kräfte der Arbeiterschaft zusammenzufassen zum gemeinsamen Kampf um die Verwirklichung ihrer Forderungen. Wenn alle dabei ihren Mann stellen, dann braucht uns um den Ausgang dieses Ringens nicht bange zu sein!

In seinem Exposee führte Fürsorgeminister Genosse Dr. Czech u. a. aus:

Die Wirtschaftskrise.

In einer überaus schweren Stunde sind wir diesmal zur Beratung versammelt. Eine Krise von bisher noch nicht dargelegtem Umlange greift an die Grundfesten der Weltwirtschaft und erschüttert sie in ihren Fundamenten. Vorerst präsentiert sie sich als Folge des traffen Widerstandes zwischen Produktion und Verbrauch und zeigt der Welt das portobro Bild der schwachen Entbehrungen der Volksmassen mitten im reichsten Ueberfluß an Gütern. Dann zeigt sie immer deutlicher die schweren Zerrungen des Wirtschaftsmechanismus, die durch die vollständige Planlosigkeit der Weltwirtschaft hervorgerufen, durch eine wachsende Rationalisierung verschärft wurden. Und nun tritt als natürliche Folge eine steigende Kredit- und Währungs-krise zutage, die an manchen Stellen der Weltwirtschaft zum vollständigen Versagen des herrschenden Wirtschaftssystems führt. Seltener je zuvor hat Europa so schwere Stunden mitgemacht. Seltener gab es in Europa soviel Panikstimmung, soviel Unsicherheit, so wenig Ausblick in die Zukunft, als gerade in den Zeiten, die wir jetzt durchleben. Und wenn auch an den Folgen die gesamte Bevölkerung mitbetroffen scheint, — da diesmal die Weltwirtschaftskrise mit einer gleichzeitig in aller Schwere auftretenden Agrarkrise gepaart ist — so sind es doch vor allem die arbeitenden Schichten der ganzen Welt, die von dem schweren Leid, das die Erschütterung des Welt-

Wirtschaftsapparates im Gefolge haben mußte, am schwersten betroffen wurden.

Es würde natürlich viel zu weit führen, bei diesem Anlasse die Ursachen der Krise in allen ihren Phasen analysieren zu wollen. Soviel kann aber gesagt werden, daß es sich in diesem Falle nicht etwa bloß um eine zyklische Krise handelt, sondern daß wir es diesmal auch noch mit einer strukturellen Krise zu tun haben. Gerade diese Feststellung führt zu der Erkenntnis,

daß wir uns mitten in einer gewaltigen Umformung des gesamten Wirtschaftslebens befinden, die die Weltwirtschaft auf ganz neue Grundlagen stellen wird.

Planwirtschaft.

Angeichts dieser Situation wäre nichts so verfehlt, als die Dinge in klumpiger Passivität an sich heran kommen zu lassen. Im Gegenteil müssen wir aus der Desorientierung, die wir bisher beobachtet haben, zur größten Offensive übergehen und in die Umformung der Wirtschaft mit Zielstreue und fester Hand eingreifen. Es kann dies noch unserer Auffassung nur auf Grund eines genau festgelegten Wirtschaftsplans geschehen, welcher — soweit dies eben möglich ist — unsere Volkswirtschaft in geordnete Bahnen zu lenken sucht.

Therapie der Krise.

Dieser Aufgabe ist sich das Fürsorgeministerium, soweit es ihm die Grenzen seiner Kompetenz erlauben, voll bewusst. Schon seit vielen Monaten ist es unablässig bemüht, an die entscheidenden Stellen die Erkenntnis heranzutragen, daß es absolut nicht genügt, die Krise bloß mit Palliativmitteln zu bekämpfen, sondern daß das Uebel an der Wurzel gefaßt werden muß. Darum kann das Ministerium guten Gewissens der Legende entgegen treten, als hätte sich das Um und Aus seiner Weisheit in der Verteilung von Unterstützungen und Lebensmittelformen erschöpft, und als hätte es sich auch nur einen Augenblick dem Irrtum hingelassen, daß die von ihm vorgeschlagenen Massnahmen sich als befriedigende und ausreichende Lösung des aus dem Notstand der Masse erwachsenen Problems erweisen haben.

Dagegen hat das Ministerium eine ganze Reihe von Massnahmen in Vorschlag gebracht, die eine wirksamere Bekämpfung der Krise ermöglichen. Es hat die Arbeitsbeschaffung an die Spitze seiner Vorschläge gestellt. Im Verkehr mit den anderen Ressorts hat es alle Massnahmen gefördert, die auf eine Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten durch Anbahnung von Arbeiten, durch die produktive Arbeitslosenfürsorge, durch die Förderung der Baubewegung hingingen. Durch eine ganze Reihe von weiteren Vorschlägen, wie die Herabsetzung des Anfallsalters für den Bezug der Altersrenten unter gleichzeitiger Aufbesserung derselben, die Verlängerung des schulpflichtigen Alters sowie die Umschulung von Arbeitskräften hat das Ministerium den Weg gezeigt, welcher eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkte herbeizuführen vermag.

Vierzigstundenwoche.

Diesem Gedankengange entspricht auch der Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit. Er wurde dem Ministerium durch die mit jedem Tage zunehmende Arbeitslosigkeit angebracht. Sie bewegte sich noch im September der Jahre 1926 und 1927 in der Höhe von 14,11 und 14,562, stieg in den Jahren 1928, 1929 auf 21,348 und 23,372 an, erreichte im Jahre 1930 104,534 und im Jahre 1931 die Höhe von 229,288, also das Sechsfache innerhalb eines halben Jahrzehnts. Im Oktober 1931 hat sie bereits die Höhe von 233,518 erreicht, wobei die ununterbrochene Stilllegung von Betrieben immer weiter um sich greift. Dabei muß man bedenken, daß in den obigen Ziffern nur jene Arbeitslose zum Ausdruck kommen, die sich bei den Arbeitsvermittlungsanstalten melden. Der Vergleich der von den Arbeitsvermittlungsanstalten per 1. Dezember 1930 gemeldeten Arbeitslosen mit der durch das Statistische Staatsamt anfänglich der Volkszählung ermittelten Arbeitslosenabzählung ergab das Doppelte der erwähnten Arbeitslosenziffer. Man erwäge ferner, daß in dieser Ziffer die noch Hunderttausenden jäh-

rende Masse der in Kurz- oder Wechsellöhnt arbeitenden Personen nicht inbegriffen ist und man wird dann verstehen, daß das Fürsorgeministerium nach einer durchgreifenden Massnahme Umschau halten mußte, um den Gefahren wenigstens halbwegs steuern zu können, die aus der so bedrohlichen Stilllegung des Produktionsapparates resultieren. Dabei hielt sich das Ministerium vor Augen, daß außerordentliche Massnahmen schon deshalb notwendig sind, weil ein Großteil der Arbeitslosigkeit auf die Folgen der planlosen und vielfach unsozialen Rationalisierung zurückzuführen ist, die viele Zehntausende von Arbeitern unwiederbringlich — und selbst für den Fall eines neuerlichen Konjunkturaufstieges — aus ihrer beruflichen Arbeit ausgeschieden hat.

Nach dieser Richtung ist nur durch die Aufstellung des gesamten Arbeitsquantums auf eine größere Zahl von Arbeitern abzuheben.

Dies alles stand dem Ministerium klar vor Augen, als es seine Vorträge überreichte. Das Ministerium ging dabei mit großer Bedachtsamkeit zu Werke. Obwohl die Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit bereits seit Jahr und Tag auf aller internationalen Arbeiterversammlungen immer wieder erhoben wurde, hat das Ministerium seine Entscheidung nicht überstürzt, die Erfahrungen anderer Länder gesammelt, aber auch die Verhältnisse im eigenen Lande gründlich geprüft.

In vielen laufenden Betrieben des Auslandes wurde inzwischen die Verkürzung der Arbeitszeit, die Vierzigstundenwoche eingeführt.

So in Deutschland in der gesamten Kalksteinindustrie, in einem großen Teile der Zementindustrie, in der gesamten Fliesenlegerei, in 500 Brauereibetrieben etc., wobei für alle diese Industriezweige gleichfalls internationale Konkurrenzermäßigungen gegeben waren.

In keinem einzigen Falle verwirklichte sich bisher die Befürchtung, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit eine Katastrophe der Industrie herbeiführen werde.

Darum hat Deutschland mitten im größten Notstande und gerade wegen dieses Notstandes zur staatlichen Regelung der Verkürzung der Arbeitszeit gegriffen. Auch wir befinden uns mit unserer großen Arbeitslosigkeit in der gleichen Situation. Auch wir müssen ihr gegenüber die nötigen Vorsorgen treffen.

Die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit hat niemand plastischer beleuchtet, als einmal der geweseene Finanzminister Dr. Engliš. Er führt eine Familie vor, in der die ihr obliegende gesellschaftliche Arbeit entfällt. Der Familienvater, meint Engliš, wird die Einkünfte prüfen und sich die Frage vorlegen, ob sie auf die Dauer wirksam sei, dann aber wird er absolut nicht zulassen, daß dem Erfinder die ganzen Früchte des Fortschritts zufallen, sondern wird eine neue Arbeitsteilung in der Familie treffen, um die Einkünfte allen zugute kommen zu lassen.

Mag daher die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit früher oder später kommen, soviel ist sicher, daß sie auf dem Marste ist und daß jeder Versuch, die neue Entwicklung mit den alten Methoden und Möglichkeiten zu bekämpfen, sich nicht bewähren kann.

Dem Initiativantrag des Fürsorgeministeriums wird in Industriezentren vielfach entgegengehalten, daß ein Antrag auf Einführung der Vierzigstundenwoche vom Internationalen Arbeitsamt in Genf abgelehnt wurde. Diese Behauptung entspricht keineswegs den Tatsachen! Abgelehnt wurde lediglich und zwar mit 8 gegen 6 Stimmen ein Antrag, welcher die Einberufung einer mit bestimmten Direktoren ausgestatteten Staatskonferenz verlangte. Dagegen wurde der folgende Antrag des französischen Regierungsbekanntmachung mit sämtlichen 14 Stimmen angenommen:

Der Rat ermächtigt den Direktor, daß er noch vor Ablauf dieses Jahres die Kommission für die Fragen der Arbeitslosigkeit zu dem Behufe einberufe, damit er über die Entwicklung der bereits in Angriff genommenen Aktion berichtet und damit die Kommission die Frage erwäge, wie es

möglich wäre, im Wege internationaler Vereinbarungen, sei es allgemeiner, sei es solcher, die für die einzelnen Industriezweige gelten, zu einer besseren Regelung der Arbeitszeit zu gelangen."

Tatsächlich hat das Internationale Arbeitsamt — gemäß des oben bezeichneten Beschlusses — die Arbeitslosigkeitkommission für den 7. Dezember 1931 einberufen.

In diesem Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, daß alle bisherigen Behauptungen über die angebliche Bereitschaft des Ministeriums, für den Fall der Verkürzung der Arbeitszeit der Lohnsenkung zuzustimmen, sich schon durch den Hinweis auf den Inhalt der Vorlage von selbst widerlegen.

Gegen Lohnsenkung.

Was im Vorstehenden gesagt wurde, gilt auch von den Tendenzen, durch einen Lohnabbau zur Hebung der Produktion gelangen zu wollen. Ich lehne ganz davon ab, daß alle im Anschluß an die zurückliegenden Lohnabbauenden gemachten Ankündigungen, daß dadurch der Produktionsapparat wieder flottgemacht werden würde, sich als ganz verfehlt erwiesen haben. Es trat vielmals das Gegenteil zutage, daß die Herabsetzung der Löhne eine weitere Senkung der Kaufkraft der Massen zur Folge hatte und die Krise verschärfte. Darum erklärt das Ministerium, daß der Lohnabbau kein Heilmittel gegen die Krise sei, sondern sich nur gegenseitig anwirke.

Sozialpolitik — kein Luxus.

Trotz diesem Standpunkte bekennt sich auch das Fürsorgeministerium zu der Parole der Regierung, daß angesichts der Verschlimmerung der Wirtschaftslage mit Sparmaßnahmen in der Verwaltung vorzugehen werden müsse. Aber das Fürsorgeministerium bekennt sich gleichzeitig auch zu dem Worte des Präsidenten vom 28. Oktober, daß, wenn man auch sparen müsse, man auf der anderen Seite nicht dort knausern dürfe, wo dies der Vorteil und die organische Entwicklung einzelner Zweige oder des Staatsganzen nicht gestatte. Wenn dieses Wort irgendwo seine volle Berechtigung hat, so gerade auf dem Boden der Sozialpolitik, welche, wie Albert Thomas kürzlich sagte, kein Luxus, sondern eine echte Notwendigkeit sei. Und darum sage ich in dieser Stunde:

Trotz Krise — erst recht Sozialpolitik!

Ich sage es angesichts des großen Leides vieler hunderttausender Menschen, die mit Recht den Anspruch erheben, daß die Maschine, die heute im Dienste der Privatwirtschaft steht, einmal auch in den Dienst der arbeitenden Menschen gestellt werde.

Arbeitslosenfürsorge — Arbeitsbeschaffung.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Ministeriums war die Fürsorge für die von der Arbeitslosigkeit heimgeführten Arbeiter. Es muß nicht erst besonders betont werden, daß das Fürsorgeministerium nach dieser Richtung die Sorge um die Arbeitsbeschaffung an die Spitze seines Programms stellte. Mit Rücksicht auf den Exportcharakter des Staates legte es sich vor allem für gute handelspolitische Beziehungen zu allen Staaten, besonders zu den benachbarten, ein und wirkte dahin, daß die handelspolitischen Beziehungen zur Sowjetunion erweitert werden. Augenblicklich ist es bemüht, die sofortige Durchführung des Exportkredit-Gesetzes zu betreiben, wie auch einer wesentlichen Erhöhung des Kredites die Wege zu bahnen. In der gleichen Linie liegen auch die Bemühungen nach raschster Vergebung und schnellster Inangriffnahme der bewilligten Investitionskredite.

Produktive Arbeitslosenfürsorge

Soweit das Fürsorgeministerium selbst bei der Arbeitsbeschaffung in Betracht kam, vermochte es durch Bewilligung von Lohnzuschüssen die Zahl der Arbeitslosen in sehr beträchtlicher Weise herabzusetzen. Aus dem von dem Ministerium bewilligten Kredit per 80.000.170 Ks konnten 5199 Gesuche um Lohnzuschüsse bewilligt und dadurch für dreieinhalb Monate rund 100.000 Arbeitslose wieder dem Nährzustande zugeführt werden.

Das Genter System.

Die im Vorjahre durchgeführte Erhöhung der Staatszuschüsse zu den Gewerkschaftsanterstützungen, wie auch die Einführung der Krisenfürsorge vermochte den schweren Notstand wenigstens eines Teiles der arbeitslosen Familien zu lindern. Diese Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge war um so notwendiger, als sich das für normale Verhältnisse geschaffene Genter System dem Krisensturm gegenüber als unzulänglich erwies. Darum hat das Fürsorgeministerium bereits wiederholt deutlich zum Ausdruck gebracht, daß das Genter System durch eine Einrichtung ersetzt werden müsse, welche obligatorische Vorrichtungen für alle im Produktionsprozeß stehenden Personen vorsieht und vor allem auch auf der Beitragsleistung der Arbeitgeber aufgebaut wird, die bei uns bisher zu den Kosten der Arbeitslosenfürsorge überhaupt nicht herangezogen wurden. Dagegen hat der Beitrag der österreichischen Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung in den letzten Jahren rund 300 Millionen Kronen erreicht. In verhältnismäßig noch beträchtlicher Höhe bewegt sich die Beitragsleistung der reichsdeutschen Arbeitgeber.

Das Ministerium hat bereits die Verfassung eines Entwurfes einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung in Angriff genommen. Es ist sich aber dessen bewußt, daß eine Verwirklichung desselben in diesem außerordentlich schwierigen Augenblicke ganz unmöglich ist, und bereitet daher eine Gesetzesvorlage über einen außerordentlichen staatlichen

Notstandsfond

vor, der auf der Beitragsleistung der Arbeitgeber und einer Alimentierung durch neu zu schaffende Zweckabgaben basiert sein und eine ausgiebigere Hilfeleistung für die von der Krise heimgeführten Familien ermöglichen soll.

Selbstverständlich bleiben die bisherigen Notstandsfaktionen des Staates vorläufig noch weiter im Gange. Die besaglichen Vorrichtungen wurden bereits bis zur Höhe von rund 376 Millionen Kronen im Budget für das Jahr 1932 getroffen.

Arbeitslosenzählung, Arbeitsvermittlung.

Die Hauptaufgabe bei der Organisation der Arbeitslosenfürsorge bildet die genaue Ermittlung der Zahl der Arbeitslosen. Das Ministerium konzentriert seine ganze Kraft auf die Durchführung der raschesten Verabschiedung seiner Vorlage über Arbeitsvermittlung, welche mit den chaotischen Verhältnissen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes aufträmen und die Arbeitsvermittlung auf seine Grundrissen stellen soll, wobei es selbstverständlich auch die nötigen Vorrichtungen bezüglich Stilllegung von Betrieben, der Anmeldung offener Arbeitsstellen, sowie der Inangriffnahme der Berufsberatung ins Auge faßt. Das Ministerium hält gerade diese Vorlage für einen der wichtigsten Beiträge bei der Bekämpfung des Krisennotstandes, wobei vor allem auf die Vermeidung ganz willkürlicher Betriebsstilllegungen besonderer Nachdruck gelegt wird.

Weitere Hilfsmaßnahmen.

Neben den vorerwähnten Hilfsmaßnahmen hat das Fürsorgeministerium auf Grund der ihm vom Ministerium erteilten Kredite eine ganze Reihe von Hilfsaktionen in die Wege geleitet. So hat es für eine bessere Dotierung der Konsularstellen des Staates gesorgt, um auch die außerhalb des Staates lebenden Staatsangehörigen einer staatlichen Hilfe teilhaftig werden zu lassen. Es bereitet weiters für die allernächste Zeit die Durchführung der Hilfsaktion für die in der Heimindustrie selbständig tätigen, dem schwersten Notstand ausgesetzten Personen vor. Das Ministerium hofft auch, im Rahmen der von ihm organisierten Weihnachts- und Winteraushilfe für die kranken Notstandsfälle durch Bestellung von Kollektoren usw. Vorrichtungen zu treffen zu können, welche eine Ergänzung der vom Ernährungsministerium ins Leben gerufenen, großzügigen Kartoffel- und Kohlenaktion bilden soll.

Arbeiterschutz.

Hand in Hand mit allen diesen Maßnahmen mußte natürlich auch der Ausbau des Arbeiterschutzes vor sich gehen. Diesem Zwecke diente vor allem die Vorlage über die Verkürzung der Arbeitszeit und über die Arbeitsvermittlung sowie der Gesetzentwurf zum Schutze der Frauen vor und nach der Geburt, der Gesetzentwurf über das Verbot der Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter, die im Parlament zur Verhandlung stehende Novelle zum § 82 der Gewerbeordnung, die zur interministeriellen Verhandlung übergebene Gesetz über die Behandlung der Berufskrankheiten als Unfallfolgen, die bereits erlassene Regierungsverordnung über den Bauarbeiterchutz, die im Ministerium fertiggestellten Vorlagen einer Novelle sowie einer Regierungsverordnung über die Heimarbeit, die im interministeriellen Verfahren zur Verhandlung stehende Vorlage über die Kollektivverträge, die Vorlage einer Regierungsverordnung über den Schutz der in der Zeit- und überverarbeitenden Industrie beschäftigten Personen und schließlich auch der Entwurf über die Gehaltsklassen im Apothekergewerbe.

Auf dieses Gebiet fällt auch der Gesetzentwurf über die

Arbeitskammern.

dessen Zweck es ist, auch die Arbeiter jener Einrichtungen teilhaftig werden zu lassen, die bereits die Industrie und der Handel in den Handelskammern, die Landwirtschaft in den Landwirtschaftskammern, das Gewerbe in den Gewerbevereinigungen besitzen. Die Arbeit der gewerkschaftlichen Zentralstellen wird durch die Wirksamkeit der Arbeitskammern eine wesentliche Ausgestaltung erfahren

Gewerbeinspektion.

Das Bild, das im vorstehenden gezeichnet wurde, wäre unvollständig, wenn hier nicht auch der Arbeit der Gewerbeinspektion gedacht werden würde, die in den schweren Stunden der Massenarbeitslosigkeit ihre Kräfte ganz außerordentlich anspannen mußte, um den ihr gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Gerade jetzt machte sich der Mangel eines Gesetzes über die Arbeitsinspektion, dessen Vorlage im Ministerium für soziale Fürsorge bereits seit langem fertiggestellt ist, außerordentlich fühlbar. Bei der Einhaltung der Arbeitszeit und der Regelung der Nachtarbeit sowie der Überstundenarbeit konnte eine wesentliche Besserung herbeigeführt werden. Während die Zahl der Überstunden noch im Jahre 1929 16.314.228 betrug, wurde sie im Jahre 1930 auf 5.970.079 herabgedrückt und wird im heutigen Jahre eine weitere wesent-

liche Herabsetzung um sicherlich mehr als die Hälfte erfahren.

Internationale Zusammenarbeit.

Gerade auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes erscheint die Zusammenarbeit mit den anderen Staaten unumgänglich notwendig. Darum ist das Ministerium bemüht, seine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt in Gestalt immer inniger zu gestalten, und bemüht sich dort, durch seine Initiative, wie des z. B. bei der Regelung der Arbeitszeit im Bergbau geschehen ist, die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes wesentlich zu fördern. Augenblicklich macht es alle Anstrengungen, um den Beitritt der Tschechoslowakei zu einer ganzen Reihe von Konventionen, so auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung, der Berufskrankheiten, der Nachtarbeit der Jugendlichen, des Schutzes der Schwangeren, durch entsprechende Gesetzentwürfe vorzubereiten.

In diesem Zusammenhang soll auch der Mitarbeit der Tschechoslowakei an der vom Internationalen Arbeitsamt angeregten Realisierung eines internationalen Investitionsprogramms gedacht werden, für welches das Fürsorgeministerium gemeinsam mit den anderen Ressorts des Landes konkrete Anträge ausgearbeitet hat. Nach langjährigen Bemühungen ist es dem Ministerium dank der Mitwirkung des Außenministeriums in diesem Jahre gelungen, auf dem Gebiete der Sozialversicherung den längst fälligen Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Österreich und der Tschechoslowakei unter Dach und Fach zu bringen. Das Ministerium hat auch nach langjährigen Bemühungen analoge Abmachungen mit Deutschland getroffen und erhofft die baldige verfassungsmäßige Verabschiedung auch dieses Gegenseitigkeitsvertrages. Auch mit Frankreich, Polen und dem jugoslawischen Staat wurden gleiche Verhandlungen in die Wege geleitet.

Auf dem Gebiete der internationalen Sicherung des Arbeitsmarktes wurden Gegenseitigkeitsabmachungen mit Deutschland, Österreich und Frankreich getroffen und auch bereits in Wirksamkeit gesetzt. Auf dem Gebiete der Krisenfürsorge schweben augenblicklich wegen der gegenseitigen Anerkennung und Zubilligung der Krisenfürsorge, resp. der Notstandsausgaben Verhandlungen mit Österreich und Deutschland.

Baubewegung und Bauförderung.

Früher als angenommen wurde, hat es sich gezeigt, daß sich die im Jahre 1930 durchgeführte Revellierung des Bauförderungsgesetzes in vollem Maße ausgewirkt hat. Hier genügt schon die bloße Feststellung, daß es dem Staate mit verhältnismäßig kleinen Kosten gelingen wird, fünf- und zwanzigtausend billige und gesunde Wohnungen für die wirtschaftlich schwächsten Kreise der Bevölkerung zu schaffen. Dies wurde vor allem durch die Zubilligung der in viele hunderte Millionen gehenden Staatsgarantie erzielt, die den Staat bis auf einige verhältnismäßig geringfügige Beiträge fast nichts kostet. Einen noch stärkeren Antriebs erhielt die Baubewegung durch den im Bauförderungsgesetz vom Jahre 1930 vorgeschriebenen staatlichen Bauzuschuß, welcher bisher einen Aufwand bis zur Höhe von kaum 15 Millionen erforderte. Darum ist die Diskussions, die die Ueberreichung der neuen Bauförderungsnovelle hervorrief, kaum zu verstehen. Sollte die Novelle Gesetz werden, dann wird es möglich sein, viele Hunderte von Baugesuchen, die augenblicklich der meritorischen Erledigung harren, zu verabschieden und die Bauförderung aufs neue in sehr starkem Maße zu beleben.

Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Altschul.

1.

Es dunkelte schon, als der Manzbergfranzl den Bahnhof verließ. Der letzte Zug war bereits fort und es gab nun für ihn nichts mehr zu tun. Festen Schritts ging er dem Gutshof zu. Franzl war weder Stationsvorstand noch Weichenwärter oder etwas Ähnliches, nein, er war nur ein kleiner zehnjähriger Junge, dessen Ideal die Eisenbahn war. Fröhlich ging er in die Schule, mittags würgte er kaum ein paar Bissen hinunter und schon lief er auf den Bahnhof, von wo er erst spät am Abend zurückkehrte. Es hatte deshalb schon viel Schelte zu Hause gegeben, er wurde im Zimmer eingesperrt, aber immer wieder wußte er einen Ausweg, unbemerkt zu entweichen, oder, wenn alle Versuche mißlangten, sah er vom Fenster aus den vorüberziehenden Zügen nach.

Das Gut lag knapp an der Bahnstrecke. Vor zwanzig Jahren hatte es Franzls Großvater erworben, der Vater hatte es geerbt und über kurz oder lang sollte Franzl selbst der Herr hier sein. Das wenigstens war der Plan Josef Manzbergs, Franzls Vaters.

Franzl dachte gar nicht an diese Zukunftsmöglichkeit. Der Herr Lehrer erzählte in der Schule von fernen Ländern, von großen Meeren, über die riesige Schiffe fahren, von Menschen, die eine rote, eine gelbe, eine schwarze Haut hätten und die eine ganz andere Sprache sprächen.

Dorthin wollte Franzl gehen, unter fremden Menschen leben, neue, unbekannte Länder sehen, immer weiter, immer weiter, bis ans Ende der Welt.

Er spielte nicht wie die anderen Kinder

seines Alters, er half auf dem Feld nicht mit, er war nur auf dem Bahnhof.

Stundenlang konnte er dort weilen und einen auf einem Nebengleis stehenden Wagon betrachten. Seine Blicke liefen förmlich die massiven Eisenräder, die durch so viele Länder gerollt waren, jede Stange, jeder Nagel erzählte ihm von fernen, fernen Dingen.

Der Stationsvorstand hatte Franzl liebgekommen, ja sogar die Schaffner kannten ihn schon. Einmal, als ein Lastzug in der Station rangierte, durfte Franzl auf der Lokomotive mitfahren. Das war der glücklichste Tag seines Lebens.

Als Franzl zum Gutshof kam, war es bereits dunkel geworden. Vater und Mutter saßen vor dem Hause. Der Vater rauchte wie gewöhnlich seine lange Pfeife, während die Mutter eine Jode strickte. Schuldbehaftet schlich Franzl vorüber. Der Vater brummte etwas Unverständliches vor sich hin, die Mutter folgte Franzl in die Küche und gab ihm das Abendbrot, das sie sorgfältig für ihn vorbereitet hatte. Dabei schaute sie ihn so ganz merkwürdig an, daß ihm die Tränen in die Augen traten. Er hatte damals ihren Blick nicht verstanden. Viele Jahre später erst wußte er es; die Mutter hatte gefürchtet, ihren einzigen Jungen bald für immer zu verlieren.

Das Dorf gehörte zu den Orten, die an den Fenstern der mit unterminderten Geschwindigkeit durchraufenden D-Züge wie armselige, zur Einsamkeit Verurteilte vorbeischießen.

Täglich fuhren hier zwei Schnellzüge durch. Franzl kannte genau die Zeit, wann die schwarze, schauende Riesenmaschine das Stationsgebäude erzittern machte. Täglich stand er mit dem Stationsvorstand auf dem kleinen Perron und sah dem laufenden, rauchspendenden Ungeheuer nach, das gleich einem Orkan schier unaußfahrsam vorwärtsstürmte.

Wie gewöhnlich stand auch heute Franzl auf dem Perron. Neben ihm der Stationsvorstand. Gleich mußte der D-Zug passieren. Die letzte Station hatte die Durchfahrt bereits gemeldet. Franzl kannte die Signale genau. Sofort mußte die schwarze Rauchfahne am Horizont erscheinen.

Es vergingen fünf Minuten. Nervös schaute der Stationsvorstand auf die Uhr. Auch Franzl wurde schon ungeduldig und trat von einem Fuß auf den anderen.

Der Zeiger rückte weiter. Nichts rührte sich. Schon fünfzehn Minuten Verspätung. Wo blieb nur der Zug?

Räuslich schrillte die Glocke des Telegraphen. Der Stationsvorstand eilte hinein Franzl hinter ihm.

Totenstille herrschte in dem kleinen Raum. Nur das emsige Ticken des Morseapparates war zu hören, der auf einen schmalen Papierstreifen Punkte und Striche zeichnete.

Der Stationsvorstand nahm den Streifen in die Hand. Franzl kannte diese geheimnisvollen Zeichen nicht, die durch den Längs der Strecke laufenden Draht herüberkamen, aber dafür konnte er seinen alten Freund und sah, wie dessen Gesicht plötzlich eine andere Farbe bekam und er für einen Augenblick wie versteinert vor sich hinsarrte. Franzl, sich zusammenfassend, eilte er hinaus, sprach kein Wort und rannte dem Gutshof zu. Franzl hinter ihm her. Er konnte dem großen Wanne dort vorne kaum folgen, stolperte über Schwellen, schlug sich das Knie auf, sprang schnell wieder auf und rannte weiter, immer weiter, dem Stationsvorstand nach.

Als die beiden atemlos ankamen, waren schon Leute dabei, die Verwundeten aus den Trümmern der gestürzten Waggons zu befreien. Stöhnen, Rufen, Hilferufe schollen ihn von allen Seiten entgegen.

Eine junge Frau rannte händeringend hin und her und rief nach ihrem Kind. Da. Zwei

Männer zogen behutend ein kleines blutiges Bündel hervor.

Franzl mußte unwillkürlich an seine Mutter denken, wie sie ihn gestern so eigentümlich angesehen hatte. Diese Frau erinnerte ihn daran, wie sie laut aufschluchzend ihr Kind an sich riß.

„Wo bin mit ihm? Hier kann es doch nicht bleiben! Es stirbt! Seht ihr es denn nicht?“ schienen ihre weitgeöffneten Augen zu rufen.

Stamm zeigte Franzl auf den kaum fünfzig Schritte entfernten Gutshof hin. Da knietete die Mutter, das Kind in den Armen haltend, die steile Böschung hinauf, nur von Franzl begleitet. Jitternd vor Aufregung führte er sie in die beste Stube und strich die Kissen auf dem altmodischen Sofa glatt.

Der alte Dorfarzt kam, wusch die Wunde der kleinen Erna sorgfältig aus und legte einen Rotverband an.

„Es ist nur eine unbedeutende Wunde, Gnädigste, wirklich gar nichts Gefährliches“, versicherte er zum wiederholten Male der angst-erfüllten Mutter. — „In ein paar Tagen weiß die Kleine gar nichts mehr davon, geht Kleine, der alte Onkel Doktor hat recht!“

Franzl stand abseits und schaute nur in das zarte, blass Gesichtchen der kleinen Erna, die da so hilflos in dem weichen, vom Blut bedeckten Kleiden auf dem Sofa lag. Wie ein Engel kam sie ihm vor, wie ein Strauß aus einer weiten, weiten Welt. Er konnte gar nicht glauben, daß er nicht nur träume. Er sah dieses schwache Gesichtchen vor sich und süßte sich selbst so stark, daß er es beschützen und behüten konnte. Franzl war zehn Jahre alt.

Bald traf ein Hilfszug ein. Auch die kleine Erna wurde in einen Wagon getragen, der ein großes, rotes Kreuz auf der Seite hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Nur so nebenbei sei hier bemerkt, daß die Annahme, als sei ohne vorherige Aufhebung des Mieterschutzes jede Baubewegung ganz unmöglich, sich als unzutreffend erwiesen hat.

Ueber das große Verständnis, das das neue Bauförderungs-gesetz findet, geben folgende Daten Aufschluß:

Bis Ende Oktober erteilte das Fürsorgeministerium auf Grund des Gesetzes 1930 im ganzen Unterstützungen für 2661 Wohnbauten mit 16.818 Wohnungen und einem Gesamtaufwand von 956 Millionen Kronen. Zusicherungen wurden für weitere 895 Wohnbauten mit 5375 Wohnungen und einem Aufwand von 310 Millionen Kronen erteilt, wozu noch auf Grund des restlichen Kredites weitere 4000 Wohnungen kommen werden.

Selbstverständlich werden alle bisherigen Bauführungen absoziiert nicht aus, um dem täglich immer mehr anstürmenden Wohnungsbedarf in vollem Maße Rechnung zu tragen. Dem enormen Bedarf an Wohnungen, zu dessen Befriedigung selbst alle zu Wohnzwecken herangezogenen Notunterkünfte, Baracken, Eisenbahnwaggons usw. nicht ausreichen, stehen zusätzlich die leerstehenden, wegen des exorbitanten Zinses unrentierbaren Wohnungen alles in allem kaum ein Prozent an leerstehenden Wohnungen zur Verfügung, während noch immer beispielweise

in Prag 71 Prozent, in Brinn 64, in Währ.-Ohran 63, in Pilsen 67, in Reichenberg 59, in Budweis 58, in Leitfisch 64 Prozent der Wohnungen unter Mieterschutze

stehen. Gerade darin liegt eben die große Schwierigkeit, auf die man bei Lösung des Wohnungsproblems immer wieder stößt.

Bei der Verfassung des neuen Wohnungsgesetzes mußte das Ministerium vor allem für eine reichere Dotierung des Wohnungsmarktes durch Ermöglichung der Erbauung neuer Wohnungen und die gleichzeitige Instandsetzung und bauliche Sicherung der alten Wohnungen Sorge tragen. Es konnte überdies an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß die jetzigen kritischen wirtschaftlichen Verhältnisse die vollständige Ausschaltung vieler Hunderttausender aus der Arbeit sowie die Notigung einer mindestens ebenso hohen Zahl zur Kurzarbeit herbeigeführt haben. Das Ministerium mußte daher einen Weg wählen, der einerseits die rascheste Errichtung von Neubauten, die rascheste Instandsetzung der alten Objekte ermöglicht und dadurch der von gewissen Kreisen gewünschten Neuordnung des Mieterschutzes den Weg ebnet, andererseits aber alles vermeidet, was durch härtere materielle Heranziehung der sozial bedürftigen Schichten nicht nur eine Erschwerung der wirtschaftlichen Lage, sondern auch eine schwere Verunruhigung der gesamten Bevölkerung hervorzurufen könnte. Die vom Ministerium in dem neuen Wohnungsgesetz gesandene Lösung trägt den vorhandenen Notwendigkeiten und Möglichkeiten unter den gegebenen Verhältnissen in weitestem Maße Rechnung. Das Ministerium versteht das große Interesse der gesamten Bevölkerung an der Vorlage und wird so rasch als möglich die Grundzüge verkauften, auf welchen die neue Vorlage aufgebaut ist.

Sozialversicherung.

Wie alle Zweige der staatlichen Verwaltung auch die Sozialversicherung von der Krise aufs schwerste heimgesucht worden. Schon in den zurückliegenden Jahren machten sich die Auswirkungen der letzten Rezession bei einzelnen Versicherungsanstalten außerordentlich stark fühlbar. Nun trat die Krise mit aller Schärfe an die Krankenversicherung heran. Viele Krankenversicherungsanstalten sind finanziell vollständig erschöpft. Das Ministerium verfolgt diese Entwicklung in allen ihren Phasen. Ein Komitee prüft alle Möglichkeiten, die eine Sanierung der Krankenversicherung herbeiführen geeignet sind, und bereitet gewisse administrative und legislative Vorschläge vor. Sobald sie vorliegen, wird das Ministerium das Erforderliche in die Wege leiten. Inzwischen bereitet die Zentralsozialversicherungsanstalt im Einvernehmen mit dem Fürsorge- und Finanzressort eine Diszaktion vor, die den in Mitleidenschaft gezogenen Krankenkassen über ihre materielle Bekräftigung hinwegsehen soll.

Hellond.

Die finanziellen Verhältnisse des Heilfonds haben sich in letzter Zeit wesentlich gebessert, so daß derzeit Schwierigkeiten nicht bestehen. Um den Heilfonds auf sichere Grundlage zu stellen, wird auf Grund der während der Wirksamkeit des Heilfonds gesammelten Erfahrungen eine Novellierung vorbereitet.

Pensionsversicherung.

Dank der Initiative der Allgemeinen Pensionsversicherungsanstalt wurde das Gesetz über die Anrechnung der nichtversicherung Dienzeit im Parlamente verabschiedet und dadurch eine wesentliche Aufbesserung der Ansprüche und Pensionsbeträge der älteren Angestellten erzielt. Leider haben sich bei Durchführung des § 176 des Pensionsversicherungsgesetzes (Anrechnung der Militärdienstzeit) Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Ressorts ergeben. Das Fürsorgeministerium bemüht sich, einem für die Betroffenen günstigen Standpunkt Geltung zu verschaffen.

In der Frage der Krankenversicherung der Privatbeamten ist die vom Ministerium bei der Allgemeinen Pensionsanstalt eingesetzte Kommission mit der Vorbereitung des endgültigen Entwurfes befaßt.

Unfallversicherung.

Die bisherige günstige Lage der Arbeiterunfallversicherungsanstalten ermöglichte auch im zurückliegenden Jahre die Gewährung von Teuerungszuschüssen zu den Renten, ohne daß es notwendig gewesen wäre, die Bedeckung durch eine Umlage auf die Arbeitgeber zu beschaffen. Die Novellierung der Arbeiterunfallversicherung konnte leider auch im heurigen Jahre nicht vorwärts gebracht werden. Vorläufig steht lediglich der Gesetzentwurf über die Behandlung der Berufskrankheiten als Unfallrisiko sowie die vom Justizministerium ausgearbeitete Vorlage über die Rechtsprechung auf dem Gebiete der Unfallversicherung zur Beratung. Das Fürsorgeministerium wünscht, daß wenigstens diese beiden verhandlungsreifen Teile des Problems so rasch als möglich parlamentarisch verabschiedet werden.

Die Sozialversicherung im Dienste der Allgemeinheit.

Neben ihren normalen Aufgaben konnten die Spitzeninstitute der Sozialversicherung dank ihrer günstigen finanziellen Entwicklung auch bedeutsame wirtschaftliche und soziale Aufgaben übernehmen. Seit Jahren schon werden gewaltige Mittel für den Straßensanierungsfonds und zur Förderung der Baubewegung flüssig gemacht. Jetzt haben die Sozialversicherungsinstitute auch dem Wasserwirtschafts-, Meliorations- und Elektrifizierungsfonds Geldmittel zur Verfügung gestellt. Sie haben durch Gewährung von sehr bedeutenden kommunalen Anleihen zur Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben der Selbstverwaltungskörper beigetragen und in letzter Zeit auch der Mobilisierung des Exportkredites und dadurch der seitherigen Wiederbelebung der Produktion die Wege geebnet.

Die Wahlen in die Sozialversicherungsinstitute.

Um die Wahlen in die Krankenversicherungsanstalten zu ermöglichen, hat das Ministerium bereits vor zwei Jahren die Heranabgabe der Wahlordnung erteilt. Ueber seine Veranlassung hat die Zentralsozialversicherungsanstalt den Krankenversicherungsanstalten die sofortige Inangriffnahme der Vorbereitung der Wahlen angeordnet. Mitten in diese Zeit aber fiel die Notwendigkeit, die Durchführung der Altersrentenansätze durch Ausgabe der Legitimationskarten zu ermöglichen. Diese Aufgabe machte eine Unterbrechung der Wahlvorbereitungen notwendig. Dozu trat noch der Umstand, daß inzwischen die Zahl der aus dem Arbeitsprozeß ausgeschalteten Arbeiter viele Hunderttausende erreichte und das Ministerium die Ausschaltung dieser Arbeiter von der Einflusnahme auf die Zusammenfassung der Verwaltungsorgane vermeiden wollte. Dadurch ist die augenblickliche Durchführung der Wahlen in die Krankenversicherungsanstalten unmöglich geworden. Dagegen hat das Ministerium die Weisung für die Pensionsgerichte erteilt, um die Verhandlung und Erledigung der noch Hunderten zählenden Klagen zu ermöglichen.

Kinderschutz und Jugendfürsorge.

In dem Maße, in dem sich die Wirtschaftslage verschlechterte, wurde auch die Lage des Nachwuchses immer bedrohlicher. Schon ein flüchtiger Blick in die Notstandsgebiete zeigt die Verheerungen, welche die Unterernährung der Kinder, ihre Degenerierung, die Zunahme der Morbidität und Mortalität in den durch die Krise und Arbeitslosigkeit heimgesuchten Familien angerichtet hat. Nichts ist daher schmerzlicher, als daß gerade in solchen Augenblicken ein gesteigertes Schutzes des Nachwuchses einsetzt. Das Ministerium suchte dieser Aufgabe im Rahmen seiner schwachen finanziellen Möglichkeiten gerecht zu werden. Die im letzten Jahre getroffene Neuordnung des Subventionssystems der Jugendfürsorge ermöglichte eine Oekonomisierung und systematische Verwendung der finanziellen Beihilfen.

Die Jugendfürsorge kann aber erst dann auf verlässliche Grundlagen gestellt werden, wenn ihre bisherige Subventionierung durch einen auf ein umfassendes

Wohlfahrtsgesetz

gestützten Ausbau der Kinder- und Jugendpflege ersetzt werden wird. Das Ministerium bereitet daher den Entwurf eines die gesamte Jugendwohlfahrtspflege umfassenden Gesetzes vor. Die ursprüngliche Absicht, sofort mit einem alle Zweige der Jugendpflege enthaltenden Entwurfs vorzutreten, mußte fallen gelassen werden. Einerseits hatten nämlich gewisse Vorfälle und besonders der Smichover Fall der Engelmaeherei die raschste Herausgabe der Regierungsverordnung zu dem bereits im Jahre 1921 verabschiedeten Pflugeschutzgesetz erfordert, andererseits hat das Jugendstrafgesetz die sofortige Vorbereitung des darin vorgesehenen Gesetzes über die Fürsorgeerziehung notwendig gemacht. Es mußten also diese beiden wesentlichen Bestandteile des Jugendwohlfahrtsgesetzes einer abgeordneten Verhandlung unterzogen werden. Jedenfalls wurde damit ein wesentlicher Schritt in der Jugendfürsorge-Gesetzgebung gemacht und dem großen Gesetzeswerk die Bahn freigemacht.

Die Durchführung der Pflugeschutzverordnung ist bereits in vollem Gange. Von den rund 400.000 für die Pflegeanstalten in Betracht kommenden unehelichen Kindern und Kindern in fremder Pflege ist nun ein großer Teil von den Bezirksjugendfürsorgern bereits erfasst. Am 1. April 1932 soll der Pflugeschutz auch auf die Stämme und Rarparhorngland ausgedehnt werden.

Das Gesetz über die Fürsorgeerziehung befindet sich in interministerieller Verhandlung. Gelder ergaben sich gerade bei Verhandlung dieser Vorlage große Schwierigkeiten, mit deren Überwindung das Fürsorgeministerium befaßt ist.

Fürsorge für die arbeitende Jugend.

Die Notwendigkeit eines ganz besonderen Schutzes der arbeitenden Jugend ergibt sich aus den großen Gefahren, von denen die Jugend in den Zeiten der Massenarbeitslosigkeit bedroht ist. Dieser Erkenntnis ist der Gedanke entsprungen, im Fürsorgeministerium eine Zentralstelle für den Schutz der arbeitenden Jugend ins Leben zu rufen und im Zusammenhange damit eine gleiche Einrichtung am Orte sämtlicher 29 Gewerbeinspektorate zu schaffen. Dadurch sollte ein unmittelbares Zusammenwirken der Jugendorganisationen mit den Amtsstellen herbeigeführt und so der ganze Staat mit einem Netz gut funktionierender Schutzeinrichtungen für die arbeitende Jugend überzogen werden. Heute ist diese Einrichtung vollkommen ausgebaut. Anfang dieses Jahres wurden 33 Jugendschulungsinstitute errichtet, in denen die arbeitslosen Jugendlichen durch etwa drei Monate tagsüber betreut, mit warmer Nahrung beteiligt und entsprechend beschäftigt wurden. Augenblicklich beschäftigt sich das Ministerium mit der Wiederinbetriebsetzung einer größeren Zahl solcher Einrichtungen in den wichtigsten Industriezentren.

Altersrentner.

In der Frage der Durchführung des Gesetzes über die Altersrentner hat der Ministerrat das Fürsorgeministerium ermächtigt, mit den Trägern der Sozialversicherung über eine etwaige Eingliederung dieses Fürsorgezweiges in die Sozialversicherung zu verhandeln. Voraussetzung für eine solche Regelung ist die Beschaffung der notwendigen statistischen Unterlagen, auf Grund deren erst die Möglichkeit dieser Problemlösung beurteilt werden können. Bis dahin ist das Ministerium bemüht, auf eine dem sozialen Geiste des Gesetzes entsprechende Durchführung desselben hinzuwirken.

Invalidentfürsorge.

Auf dem Gebiete der Invalidentfürsorge fand das Ministerium auch im zurückliegenden Jahre ein weitestgehendes Feld der Wirksamkeit. Es mußte sich, obwohl das Ministerium die Notwendigkeit seiner weiteren Ausgestaltung der Invalidentfürsorge nicht verkennt vor allem der Durchführung der letzten Novelle widmen, deren Durchführungsbefehle langwierige interministerielle Verhandlungen notwendig machte. Das Ministerium überreichte auch einen Gesetzesantrag, mit welchem die im § 29 des Gesetzes 142 ex 1920 vorgezeichneten Frist zum Ansuchen um neuerliche Untersuchung wegen Verschlechterung des Gesundheitszustandes verlängert werden soll. In administrativer Richtung bemühte sich das Ministerium, die charitativen Einrichtungen der

Invalidentfürsorge so ausgiebig als möglich auszubauen und die Erträge des Invalidentfonds einem möglichst großen Kreise bedürftiger Kriegsverletzter zugänglich zu machen.

Das Ministerium bringt der schweren, durch die Krisenzeit verschlechterten Lage der Invalidenten volles Verständnis entgegen und stellt daher jede sich bietende Möglichkeit der Hilfeleistung in den Dienst der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Fürsorge für Arbeitergenossenschaften.

Die geringen Mittel, die dem Ministerium für Zwecke der Fürsorge um Arbeitergenossenschaften zur Verfügung stehen, ermöglichen lediglich die Erteilung von Subventionen an die zentralen Verbände sowie von Darlehen an eine kleine Zahl bedürftiger Arbeiterproduktionsgenossenschaften u. Konsumvereine. Nur auf dem Gebiete des Volkskreditwesens vermochte das Ministerium mitbestimmend in den projektierten Renaussan der Kreditorganisationen einzugreifen, indem es den Entwurf eines Gesetzes über die Schaffung einer Interessenzentrale für den Volkskredit dem interministeriellen Verfahren zuführte und gleichzeitig auch eine Novellierung des Gesetzes 87 z 1920 über die Unterstützung der Arbeitergenossenschaften vorbereitete.

Zusammenfassung.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Verbesserung der Verhältnisse, die sich auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens geltend machte, hat das Fürsorgeministerium in der zurückliegenden Berichtsperiode vor überaus schwierigen Aufgaben, vor allem aber vor überaus ernste Verantwortlichkeiten gestellt. Da es mit der Unterstützung und Eingabe seiner Beamten und Angestellten rechnen konnte und im Parlamente sowie in großen Schichten der Bevölkerung für seine Bestrebungen volles Verständnis fand, vermochte es nicht nur die bisherigen sozialpolitischen Errungenschaften trotz aller Anstürmen zu verteidigen, sondern auch — wenn auch nur schrittweise — auf sozialpolitischem Gebiete wieder ein wenig vorwärts zu kommen. Freilich ist, was erzielt werden konnte, gemessen an dem großen Leid der von der Krise Betroffenen Schichten, sicherlich nicht zureichend, aber es war das Wert guten Willens sowie des festen Entschlusses, das Beste, das im Bereich des Erreichbaren liegt, zugunsten der notleidenden Schichten herauszuholen. Wenn dies — und selbst wenn auch nicht mehr — von jenen Stellen, denen das Fürsorgeministerium Rede und Antwort schenkt, anerkannt wird, dann wird dies das Ministerium in seiner ferneren Arbeit stärken und zu noch größerer Anspannung seiner Kräfte befähigen, deren es angesichts der vor ihm liegenden überaus brennenden, schicksalsschweren Probleme in noch höherem Maße bedürftig wird.

Die Ausschubdebatte.

Die Debatte über die Kapitel: Fürsorge, Gesundheit und Volksernährung wurde Samstag den ganzen Tag über fortgeführt. Genosse Hackenberg antwortete dabei auf die Angriffe Zapotochys, dem er klar vor Augen hielt, daß die Produktivität des Fürsorgeministeriums in dieser Krisenzeit vielmehr eine ganz außerordentliche war. Dann ging Hackenberg auf die Frage des Ausbaues der Sozialversicherung bzw. der Sanierung der Krankenversicherung in umfassender Weise ein. (Wir werden einen ausführlichen Bericht noch nachtragen.)

Von deutscher Seite sprachen Dr. Peters und Frischer. Am Nachmittag hielt der Kommunist Stötka eine mehrstündige Obstruktionsrede, die vor Angriffen auf die sozialistischen Parteien und den Fürsorgeminister nur so wimmelte. Nichts war Herrn Stötka recht. Charakterisiert wird diese ganze wüste Oppositionsmacherei um jeden Preis wohl am besten durch die eine Behauptung, daß es sich bei der 40stündigen Arbeitswoche nicht um eine Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit, sondern nur um die Lohnherabsetzungen handle und der ganze Zweck eigentlich nur der Abbau der sozialen Lasten der Unternehmer sei. Gegen solche Auffassungen polemisierten hieher der kommunistischen Verdrehungskunst doch zu viel Ehre an!

Schlußwort des Genossen Dr. Czsch.

In einem Schlußwort konstatierte Genosse Dr. Czsch, daß die Ansicht, als ob das Internationale Arbeitsamt sich gegen die Arbeitszeitverkürzung stelle, irrig sei, wie er dies ja schon in seinem Referat ausdrücklich angeführt hatte. Die Behauptung Zapotochys, daß das Ministerium Revisionen nur bei dem Verband der Roten Gewerkschaftszentralen durchführe, andere Verbände aber überhaupt nicht revidiert worden seien, entspricht nicht den Tatsachen. In einer ganzen Reihe anderer Gewerkschaften aller Richtungen wurden Revisionen durchgeführt; daraus ist ersichtlich, daß von einer Persekution der Roten Gewerkschaften überhaupt nicht gesprochen werden kann. In dieser Angelegenheit hat das Ministerium keinen Unterschied gemacht.

Ebenso entspricht die weitere Behauptung Zapotochys nicht den Tatsachen, daß bei der Gewährung von Zuschüssen an die Gewerkschaften für Arbeitslosengelder nicht gerade vorgegangen werde. Die Regierung hat 20 Millionen zu Zuschüssen an die Gewerkschaften für diesen Zweck bewilligt, weil die Gewerkschaften durch die lange Arbeitslosigkeit finanziell äußerst erschöpft sind. Das Ministerium hat die gesamte Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf

ihre ideologische Einstellung berücksichtigt und aus der ersten Zuteilung von fünf Millionen alle Gewerkschaftsorganisationen bedacht, also auch die Organisationen der Roten Gewerkschaftszentrale, denn es steht auf dem Standpunkt, daß die von der Arbeitslosigkeit betroffene Arbeiterschaft gleichberechtigt sein muß. Die Grundlage für die Zuteilung bildet ausschließlich die Zahl der abgerechneten Unterstützungsfälle, was der einzig richtige Maßstab ist. Die Verbände, die mehr Unterstützungsfälle aufweisen, sind auch mehr betroffen. Die nötigen Daten wurden von der statistischen Abteilung des Ministeriums ermittelt und der Verteilungsplan durch die zuständige administrative Abteilung ausgearbeitet, so daß nach dieser Seite die Garantie sachlichen Vorgehens gegeben war. Es war natürlich, daß die Verbände mit einer kleinen Zahl von Unterstützungsfällen weniger bekamen. Die der Roten Gewerkschaftszentrale angehörigen Verbände der Metallarbeiter und Bergleute erhielten die entsprechende Quote auch aus der zweiten Zuteilung von 15 Millionen. Bezüglich der anderen Verbände, bei welchen die Revisionsergebnisse gewisse Ungleichheiten konstatierten, die erst einer Prüfung bedürfen, wird die Entscheidung erst noch getroffen werden.

Darüber, daß auch andere Gewerkschaften sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließen, wie Zapotochy behauptete, ist dem Ministerium nicht ein einziger Fall bekannt; es wurden auch keine konkreten Tatsachen angeführt. Die von Zapotochy vorgebrachten Fälle werden selbstverständlich untersucht werden.

Auf Beschwerden des Abg. Bergmann bezüglich Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit antwortete Dr. Czsch, daß das Ministerium in allen sichergestellten Fällen ohne Ausnahme eingeschritten sei und daß es in Zukunft über die Einhaltung des Gesetzes wachen wird. Ueberzulebte wird nur ganz ausnahmsweise bewilligt, besonders dort, wo Arbeiten für die normale Schicht vorbereiten sind. Die Zahl der bewilligten Ueberstunden ist von 16 Millionen im Jahre 1929 auf 6 Millionen im Vorjahre zurückgegangen und seitdem noch weiter gesunken.

Dem Abg. Peters antwortete der Minister, daß die Daten über die Wohnungsstatistik meistens veröffentlicht werden; sie werden dem Parlament bereits bei der Verhandlung des neuen Wohnungsgesetzes zur Verfügung stehen. Die weiteren vorgebrachten Anregungen und Behauptungen werden Gegenstand der Untersuchung und einer schriftlichen Beantwortung sein.

Kräftige Abkehr Zapotochys.

Zapotochy zog sich in einer Replik darauf zurück, daß er sich nicht über die Revision seiner Gewerkschaftsorganisationen, sondern über die Art

ihren Durchführung und namentlich über das Vor-
gehen des Obersten Rosenkranz bescheid
hat. In Folgegelegenheiten für Arbeiter, die
nach Russland auswandern wollten, habe er sich
darüber beschwert, daß alle Ministerien versprochen,
keine Schwierigkeiten zu machen, daß aber zum
Schluß doch eine ablehnende Entscheidung ohne An-
gabe von Gründen kam.

Minister Dr. Czoch reagiert sofort auf diese
Ausführungen und erklärt, daß Rosenkranz nicht
anwesend sei und sich daher auch nicht wehren könne;
die Angelegenheit werde ihm aber zur Keufherung
übermittelt werden. Was die Reisepässe betreffe,
so müsse sich Redner wundern, daß Zapotoch
wider besseres Wissen nicht zugeben wolle,
daß das Fürsorgeministerium in dieser Sache nicht
kompetent sei. Noch mehr wundere er sich,

daß Zapotoch nicht zugeben wolle, wie viele der-
artige Fälle günstig erledigt worden seien. Das
müsse Zapotoch ebenjo gut bekannt sein wie die
Tatsache, daß es um ganz wenige Fälle ging,
bei denen sich gewisse Schwierigkeiten ergaben; der
Minister könne sich darüber nicht äußern, weil dies
in die Kompetenz des Innenministeriums falle. Das
Fürsorgeministerium erledigt alle diese Gesuche
günstig.

Nach einem Schlußwort des Referenten
Chalupa, der sich mit Widersprüchen in den Aus-
führungen Zapotochs befaßte und deren offen-
sichtlichen Zweck, Agitation um jeden Preis zu
machen, betonte, wurde die Debatte um 6 Uhr
beendet.

Die Notwendigkeit des Konsumentenschutzes.

Genosse Bechyně für den Ausbau der Kompetenz seines Ministeriums.

Ernährungsminister Dr. Bechyně erklärte
Freitag im Budgetauschuss, daß sein Ministerium
geduldig und konsequent seine schwere Aufgabe er-
fülle, trotzdem es weder hinsichtlich der Kompetenz,
noch personell und sachlich hinreichend ausgestattet
sei. Den Kreisen, die nach der Aufhebung des Mini-
steriums verlangen, versichere er, daß sie keinen
Erfolg erzielen werden. Wenn schon das Ministe-
rium aufgehoben würde, so müßte doch eine ganze
Reihe von Funktionen dieses Amtes unter allen
Umständen erhalten bleiben. So ist die Wucher-
bekämpfung eine unbedingte Notwendigkeit; sie
selbst heute eher noch ausgebaut werden. Eben-
wenig könnte der Kaufmann für die Ernährungs-
und Felleidungsaktion von 4,2 Millionen erspart werden,
da darauf zum größten Teil die Jugendfürsorge in
Karpatenrußland und auch in der Slowakei beruht.
Die Millionengruppe der Konsumenten, deren
Repräsentant das Ministerium ist, ist nicht so
schwach, um dessen Aufhebung so einfach hinzuneh-
men.

Die Parole vom Sparen ist gewiß richtig, aber
man muß vernünftig sparen. Was nicht an
überflüssigem Luxus und durch zweckmäßige Organi-
sation der Staatsverwaltung erspart werden kann,
solte überhaupt nicht erspart werden, denn sonst gibt
es wieder weitere Arbeitseinstellungen, weitere Ar-
beitslosenunterstützungen mit allem Glanz, das daran
hinzu. Alle Bemühungen, die Krise international
zu lösen, haben bisher zu keinem konkreten Ergebnis
geführt. Deshalb müssen wir uns einen eigenen
Wirtschaftsplan schaffen. Das freie Spiel der
Kräfte genügt heute nicht mehr. Überall sehen wir
heute das Eingreifen autoritärer Kräfte in das
Wirtschaftsleben. Woher waren diese staatlichen Ein-
griffe einseitig; man hat die Produktion ohne
Rücksicht auf den Bedarf unterdrückt. So lange man
die Überbrücke im Ausland unterdrücken konnte,
ging es noch, heute muß man sich aber dem heimli-
chen Markt zuwenden und durch geeignete

Bekämpfung und Erweiterung des inländischen Bedarfs

nach Möglichkeiten die Verläufe vermindern, die aus
der Einschränkung des Exports sich ergeben. Vor-
aussetzung dazu ist eine Senkung der Preise
für alle Konsumgüter. Heute gilt der
Grundton von Angebot und Nachfrage nicht mehr,
da auf der Seite des Anbotes eine feste Front
da ist, die die Preise diktiert, mag die Nachfrage wie
immer sein. Ohne Sicherung der Möglichkeit, die
Preise der gelamten wirtschaftlichen Situation an-
zupassen, wird der heimische Ablos zum Schaden der
gesamten Wirtschaft immer gedrosselt werden. Ein
weiteres Problem ist der Umfang der heimischen
Wirtschaft. Woher wissen wir nicht, wieviel von den
einzelnen Gütern wir jährlich benötigen und wieviel
mehr wir verbrauchen könnten, wenn sich die Pro-
duktion nach dem Bedarf richten würde, wie haben
keinen Plan für den Konsum der einzelnen Güter.

In diesem Zusammenhang betonte Bechyně die
Notwendigkeit der geplanten Umwandlung des Er-
nährungsministeriums in ein Zentralamt für
Konsumfragen. Man habe auch politische

Gründe dagegen eingewendet: es würde sich ange-
sichts des Prinzip des Staatssozialismus einle-
ben. Tann müßte aber jeder staatliche Eingriff
in den Unternehmenswillen, wie Zolltarife, Ge-
setze gegen die unfaire Konkurrenz usw., gleichfalls
schon ein Stück Staatssozialismus sein.

Die Entwicklung der Krise hat die Kompetenz-
erweiterung des Ministeriums nur noch um so
dringender gemacht.

Die Preisdiktatur der Kartelle, Trusts usw. ist uner-
träglich geworden; auch die Organisationen der
Händler, Importeure und Vertreter stabilisieren die
Preise auf einer unerträglichen Höhe und
zwingen ihre Mitglieder direkt, mit unangemessenem
Gewinn zu verkaufen. Das Gesetz über die unfaire
Konkurrenz gibt ihnen dazu sogar die Rechtsgrund-
lage. Hier kann kein anderes Ministerium als ein
Ministerium für den Konsum eingreifen.

Die Pläne des Gesundheits- ministeriums.

Gesundheitsminister Dr. Spina gab zunächst
eine Uebersicht über die in seinem Ressort vor-
bereiteten Gesetzesentwürfe, bzw. Regierungsverord-
nungen und führte u. a. folgende Vorlagen an:
Ein Gesetz über die Unifizierung der Sani-
tätsverwaltung über die Errichtung von
Sanitätsräten, ein Apothekengesetz, gesetzliche
Schutzmaßnahmen gegen Tuberkulose,
obligate Errichtung von Tuberkulose-Beratungsstellen.
Ebenso soll die Zuständigkeit, bzw. die Höhe der
Honorare in den höheren Klassen der Krankenhäuser
geordnet und ein Fonds zum Bau und zur Subven-
tionierung von Krankenhäusern, vor allem der öffent-
lichen, errichtet werden. In Vorbereitung ist weiter
eine Novelle zum Jahnrecht- und Zahnärztengesetz,
die den beim Infrastrafen des geltenden Gesetzes
betrifft in der Lehre befindlichen Zahnärztern ihre
Selbständigmachung ermöglichen soll. Weiters wird
eine Regierungsverordnung über den Gebrauch der
Bezeichnung „Doktor“ sowie gemeinsam mit dem
Ernährungsministerium ein Milchgesetz vor-
bereitet. Die bisherige Hygieneprüfung soll durch
eine Prüfung für Kräfte im öffentlichen Dienst er-
setzt werden; die Prüfungsordnung ist bereits aus-
gearbeitet. Eine Fürsorgeschule beim Staat-
lichen Gesundheitsinstitut wird qualifizierter Schwei-
ßern für sozialträgliche Arbeiten herzubilden. Die
Hälfte des Kostenaufwandes trägt die Rockefeller-
Stiftung.

Der Minister ersortert dann ausführlich die
Maßnahmen des Ministeriums zur Bekämpfung von
Epidemien, der Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose
und Trunksucht sowie die Maßnahmen zur Bekämp-
fung des Krebses. Das Prager Allgemeine Kranken-
haus soll mit einem Aufwand von 40 Millionen
endlich in Gruppen ausgebaut und um 100 Betten
vermehrt werden. Endlich gab der Minister eine
Uebersicht über die Unterstützung der Körperkultur,
über die Staatsbäder usw.

Polens Sozialisten für die Autonomie.

Ein Antrag der P. P. S.-Fraktion im Sejm.

Die Sejmfraktion der PPS hat einen
Antrag in Sachen einer territorialen Autonomie
für die in der Mehrheit durch Ukrainer bewohnten
Gebiete des östlichen Kleinpolens eingebracht.
Dieser Antrag ist nicht neu und wurde von der
PPS schon einmal, und zwar kurz vor dem
Nationalkongress eingebracht, ohne daß es jedoch hier-
über zu einer Beschlußfassung gekommen wäre.
Das in dem Antrag enthaltene Programm einer
Autonomie wurde seinerzeit durch eine besondere
Kommission der PPS-Fraktion ausgearbeitet,
welcher u. a. Dampfkraft, Diamant, Perle, Gips
und Niedzalkowski angehörte.

Der Antrag besagt:

Das Autonomiegebiet würde umfassen: einen
Teil der Lemberger Wojewodschaft, die Wojewod-
schaften Stanislaw, Larnopol und Wolhynien
sowie den südlichen Teil der Wojewodschaft
Polessie.

Organisation der Autonomiebehörden: a) der
Landesejm, der auf Grund des Bürgerwahl-
rechts gewählt wird, b) der Landminister, der
vom Staatspräsidenten ernannt wird, c) die
Landesregierung, die vom Landesejm durch Ver-
hältnisrecht berufen wird, d) Landesgerichte bis
zum Appellationsgericht einschließlich.

Kantische Sprachen im Autonomiegebiet sollen
Polnisch und Ukrainisch sein.

Zum Bereich der Autonomie gehören:
Sprachenfragen; Konfessionsfragen, mit
Ausnahme solcher, die die Anspessität betreffen;
Schul-, Bildungs- und kulturelle Fragen; Orga-

nisation der Verwaltungsbehörden erster und
zweiter Instanz, mit Ausnahme der Einweisung
des Gebietes in Wojewodschaften; Kriminal-,
Weg-, Bau- und Feuerpolizei; Landwirtschafts-
fragen (Unterstützung der Industrie, Genossen-
schaften und Aktiengesellschaften); Landwirt-
schaftsfragen (Meliorationen, Kommassationen),
Fragen der Bodenreform; Fragen des Arbeit-
schutzes unter der Bedingung, daß die dies-
bezüglichen allgemeinrechtlichen Gesetze keine Ver-
schlechterung erfahren; öffentliche Arbeiten; Lokal-
bahnen, Wege und Chauffeen, mit Ausnahme
von Wegen von allgemeinstaatlicher Bedeutung;
Wasserregulierung; Landessteuern und Zuschläge
zu den staatlichen Steuern.

Das polnische, ukrainische und jüdische
Schulwesen werden jedes für sich autono-
mische Organisationen und eigene besonders fest-
gesetzte Finanzgrundlagen besitzen; Zweisprachen-
schulen sollen auf Verlangen einer entsprechenden
Zahl von Eltern zugelassen werden.

Dem Staatspräsidenten soll das Bewrecht
gegen Landesgesetze, die im Widerspruch zu den
Bestimmungen der Verfassung stehen oder die
Sicherheit des Staates gefährden, zustehen. Die
Landesregierung soll vor dem Landesejm ver-
antwortlich sein.

Im Parlament des Nameluden Volksrechts
hat dieser Antrag natürlich keine Aussicht auf
Bewirkung — oder er ist ein ehrendes Zeug-
nis des festen Willens zu nationaler Befreiung,
der die polnische Sozialdemokratie befeuert.

Der Fern-Ost-Konflikt.

Japans Doppelspiel:

Es verhandelt in Paris —

und droht in China:

Paris, 14. November. Das Ministerium
für auswärtige Angelegenheiten trifft die letzten
Vorbereitungen zur Eröffnung der außerordent-
lichen Tagung des Völkerverbundes, die Montag
am Quai d'Orsay in der Salle de l'horloge zu-
sammentreten wird. In diesem historischen
Saal fand bereits einmal vor sechs Jahren,
und zwar gleichfalls unter dem Vorsitz Briands,
eine Tagung des Völkerverbundes statt, denn es
damals gelang, den griechisch-bulgarischen Kon-
flikt beizulegen. Im August 1928 wurde in dem
gleichen Saal der Briand-Kellogg'sche Antikriegs-
pakt unterzeichnet.

Neben den beiden unmittelbar interessierten
Delegierten, dem chinesischen Volschaster Dr.
Sze und dem japanischen Volschaster Jishi-
sawa, wird an der Tagung der britische
Außenminister Sir John Simon, weiterer der
spanische Außenminister Ferron, der polni-
sche Außenminister Jalecki, ferner in Ver-
tretung des italienischen Außenministers
Grandi, der sich zur Zeit auf der Reise nach
Washington befindet, Senator Scialoja und
in Vertretung des deutschen Reichsanzlers Dr.
Brüning voraussichtlich von Bülow teilneh-
men. Der amerikanische Beobachter, der ameri-
kanische Volschaster in London, General
Dawes, ist, wie bereits gemeldet, gestern
abends in Paris eingetroffen.

„Petit Parisien“ erwartet, daß der japanisch-
chinesische Konflikt diesmal in Paris durch Er-
zielung eines friedlichen Abkommens beendet
werden wird, dem vornehmlich administrative Vor-
aussetzungen werden, die direkt in der Mandchurei
unter der Aufsicht ausländischer Beobachter
werden angenommen werden.

Tokio, 14. November. Die Verhand-
gen, die der Oberbefehlshaber der japanischen
Truppen in der Mandchurei auf Anweisung des
Kriegsministeriums mit drei chinesischen Gene-
ralen Ratshangchen einzuleiten hat, sollen sich
auf die vier folgenden Punkte beziehen:

1. Ratshangchen soll die in Tschifur und
Anganishi stehenden Truppen auf ihre ur-
sprüngliche Stellung zurückziehen und in
Tschifur nur die übliche Besatzung lassen.
2. Keine Militärabteilung darf südlich der
Ostchinesischen Bahn stehen bleiben.
3. Die Eisenbahn Laonan—Anganishi wird
von dem Ordinary Railway Board verwaltet
werden. Das chinesische Militär darf sich nicht
in diese Verwaltung einmischen. Würde dies
geschähen, so würden die Japaner das Recht
erhalten, jede von ihnen für nötig gehaltene
Maßnahme zu ergreifen.
4. Alle Bedingungen müssen bis zum 25.
d. M. erfüllt werden.

Dem General geht's zu langsam!

Tokio, 14. November. (Reuter). General
Donjo hat den japanischen Generalstab ersucht,
in der Mandchurei aus eigener Initiative han-
deln zu dürfen, falls die Umstände dies erfor-
dern sollten. In seinem Ansuchen deutet der
General an, daß es vielleicht notwendig sein
werde, am Nordufer des Nonniflusses eine
Aktion einzuleiten.

Die Hilstruppen der Komintern.

Die Anziehungskraft, die die kommunistische
Partei auf die Arbeiterschaft ausübt, ist gering.
Die Kommunisten sind sich dieser Tatsache be-
wußt und suchen daher nicht so sehr auf dem
direkten Wege der Parteioffiziation Anhänger zu
finden, sondern dadurch, daß sie verschiedene
harmlos aussehende und angeblich überparteiliche
Organisationen ins Leben rufen, deren Zweck es
ist, als Jug- und Jungapparate der Komintern
zu fungieren. Die Methoden der Kommunisten
sind hierbei außerordentlich abwechslungsreich, sie
haben nicht nur ein halbes Duzend „Rand-
organisationen“, sondern sie kämpfen
auch in gewissen Zeitabständen Kongresse frisch-
geborener Jugend und internationaler Verbände
aus der Erde, über deren Verlauf die kommuni-
stischen Zeitungen Spalten und Seiten berichten,
die aber bald wieder auf immer von der Bild-
fläche verschwinden. Einmal verfuhr man es
mit einer „Liga gegen den Faschismus“, dann rief
man einen internationalen Bauernkongress zu-
sammen und schließlich bemüht man sich auch um
die Intellektuellen und inszeniert eine inter-
nationale juristische Konferenz, zu der ausschließ-
lich kommunistische Advokaten erschienen waren.
Selbst die „Weltbühne“ hat den kommunistischen
Charakter dieser Veranstaltung zugegeben, wenn
auch in ihrer eigenartigen verlausulierten Weise:
„Die Atemumschläge stammten von Herrn Mün-
zenberg und im Büro der Konferenz klappten die
Schreibmaschinen der roten Hilfe.“ Münzen-
berg hatte also, wie immer bei solchen Gelegen-
heiten, auch hier seine Hand im Spiel. Vor es
früher seine Aufgabe, von Land zu Land zu fah-
ren und einen sozialistischen Jugendverband nach
dem ändern zu stiften, so obliegt ihm heute die
Regie der genannten Kongresse und die Organi-
sation der Randorganisationen. Außerdem fällt
die Betreuung zweier Verlagsanstalten, einer
Büchergemeinschaft und einiger anderer geschäfts-
licher Unternehmen in seine Agenda. Wenn alle
diese Zweige revolutionärer Betätigung unter
dem Kommando „Münzenbergkongress“ zu-
sammengefaßt werden, so ist das gewiß kein
Zehrer, es entspricht durchaus den Tatsachen.

Man könnte gewiß nichts dagegen einwen-
den, wenn die Kommunisten befreit wären, im
Rahmen der von ihnen gegründeten Vereine eine
ethische Einheitsfront der Arbeiterschaft zu schaf-
fen. Aber zu glauben, daß von den Spaltem der
Gewerkschaften, der Turnvereine und der Frei-
denkervereinigung eine Einigungsbewegung aus-
gehen könnte, das wäre eine unheilvolle Illusion.
Der wahre Zweck aller dieser von Moskau an-
gelegenen Gebilde ist nicht die Einigung der Ar-
beiterschaft, sondern der Kampf gegen die Sozial-
demokratie. Die Firmenschilder, seien sie auch
noch so verlockend und bereichernd, dienen
nur dem einzigen Zweck, Indifferente zu über-
wältigen und Sozialdemokraten heranzuziehen,
um sie ihrer Partei und ihren Führern zu ent-
fremden. Und nur durch ihr Firmenschild
unterscheiden sie sich von der kommunistischen
Partei. — Ist es bedauerlich, daß die gleichen
Demagogie, der gleichen Wege und der gleichen
Verfahren.

Sollen wir diese grandiosen Schöpfungen bol-
schewistischen Geistes einmal Revue passieren?
Den meisten Stand hat in Deutschland und in
der Tschechoslowakei die

Internationale Arbeiterhilfe

zu gearbeitet. Sie versuchte besonders in die
Reihen der bürgerlichen Intelligenz einzudringen

und es gingen ihr auch wirklich einige „Promi-
nente“ auf den Leim, deren Namen immer dann
aufgeführt werden, wenn man die Ueberpartei-
lichkeit der IAH anzupreisen magt. Vor allem
hat man früher die Person Albert Ein-
steins in den Vordergrund der Agitation ge-
zerrt. Inzwischen ist Einstein ausgetreten. Da
die Leitung der IAH die Ereignisse in Kaschina
in einer Weise beurteilt hatte, die Einstein als
Mitglied der „Jewish Agency“ untragbar er-
scheinen mußte. Doch aber die möglichen
Leute in der Arbeiterhilfe nicht jene sind, deren
Namen von ihr mißbraucht werden, sondern die
Münzenberge, das dürfte wohl außer Zweifel
sein. Da die Arbeiterhilfe meistens bei Streiks
herangezogen wird, arbeitet sie in engster Ver-
bindung mit den roten Gewerkschaften oder, wo
diese nicht existieren, mit der revolutionären Ge-
werkschaftsopposition. Ein Schulbeispiel dafür
war der Textilarbeiterstreik in Reichenberg, es war
der erste Wirtschaftskampf, in den das neue
Reimann-Gottwald-Pöhlburo die Arbeiterschaft
bezog. Die Plamoge des offenen IAH-Briefes
sollte damals durch eine möglichst revolutionäre
Tat ausgeweist werden. Aber die Aussichten auf
Erfolg waren gering, da sprang die IAH, im
letzten Augenblick ein und erklärte in einem von
der kommunistischen Presse veröffentlichten Auf-
ruf, daß sie bereit sei, im Falle des Ausbruchs
eines Lohnkampfes in der Textilindustrie die
Streikenden zu unterstützen. Man hoffte durch
diesen Aufruf mehr Militänter für das von der
überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft abge-
lehnte verbrecherische Solidarieren der roten Ge-
werkschaften zu gewinnen.

Daß die Arbeiterhilfe aber auch bis
ins kleinste Detail die Politik der Kommunisten
befolgt, zeigt ihr Vorgehen gegen die „Liquida-
toren“. Der Ausschluß aus der kommunistischen
Partei hat auch den Ausschluß aus der der Rand-
organisation zur Folge. Aus folgendem Beschluß
der reichsdeutschen IAH ist das ersichtlich:

„Die Internationale Arbeiterhilfe bleibt im-
mer eine Organisation der Klassenbewußten revo-
lutionären Arbeiterschaft und wird unter keinen
Umständen zulassen, daß ihre Organisation zur
Grundlage der Liquidatoren oder des Opportunis-
mus wird.“

Bei uns ist es nicht anders, die tschechoslowa-
kische Arbeiterhilfe erklärte, daß die zitierte
Stundgebung der reichsdeutschen Bruderorganisa-
tion der wichtige Grundgedanke der Arbeiterhilfe
in der Tschechoslowakei bleibt. Die aus der
kommunistischen Partei ausgetretenen IAH-
Leute wurden von der IAH öffentlich angegrif-
fen und haben daher ihre Kollektivmitgliedschaft
rückgängig gemacht.

Bei uns ist die Arbeiterhilfe etwas diploma-
tischer und vorlichtiger als in Deutschland, wo sie
ungeniert kommunistische Wollhaufene unter-
scheidet, aber doch offenbar sie auch bei uns
ihren wahren Charakter, allerdings nicht in den
harmlosen Propagandabroschüren, die sie den
Reisenden in die Hand drückt, wohl aber in dem
Referentematerial über die Bedeutung der
Arbeiterhilfe. Nur zwei Blätter seien daraus
angeführt und sie werden genügen, allen denen,
die durch das angeführte Lassetenmaterial noch
nicht überzeugt wurden, zu beweisen, daß Ueber-
parteilichkeit und Arbeiterhilfe zwei entgegen-
gesetzte Begriffe sind. Auf Seite 6 der angeführ-
ten Quelle heißt es:

„Da die IAH keinen... wurde bei den Aktionen der Apparat der IAH.“

und anderer Organisationen ausging. Und das zweite Blatt auf Seite 11: „Es ist natürlich, daß die K. o. a. u. s. e. n. h. in seinen so integral kommunistischen Charakter haben kann, wie die rote Hilfe.“ Die Arbeiterhilfe gab die Initiative zur Gründung der

Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung.

Sie hat sich erst im weiteren Verlauf ihrer Tätigkeit demaskiert. Es war durchaus verständlich, wenn viele Sozialdemokraten, hingerissen von dem Gedanken einer engen Zusammenarbeit mit den farbigen Völkern der Kolonien, die neue Liga auf das lebhafteste begrüßten, ja sogar nach Brüssel fuhren, um dem ant imperialistischen Kongreß persönlich beizuwohnen. Der linke Flügel der Zweiten Internationale war in Brüssel durch Van Suren, Renner, Brodman, Riß, Wilkinson und Marreux, den belgischen sozialistischen Kammerabgeordneten, vertreten. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale durch Finnen und Brown. Selbst Münzbergers Rede atmete den Geist der Versöhnung. Das Manifest des Kongresses war ein Ausdruck ehrlicher Entrüstung über die Schandtaten des Imperialismus und erwähnte die Sozialdemokratie mit keinem Wort. So war das Zentralkomitee der belgischen Arbeiterpartei durchaus berechtigt, wenn es von einer weltgeschichtlichen Bedeutung des Brüsseler Kongresses sprach. Bis zum nächsten Kongreß hatte sich die Situation gründlich geändert. „Verschärfter Kampf den Sozialimperialisten und den reformistischen Gewerkschaften“ war mittlerweile das Schlagwort; der Moskowiter geworden. Schon äußerlich zeigte der zweite Kongreß, der in Frankfurt abgehalten wurde, ein anderes Bild, keine Amsterdamer Gewerkschaftler waren mehr zu sehen. Melnitschanski, der Delegierte der Sowjetgewerkschaften, gab den Ton an. Von den linken Sozialdemokraten war nur noch Magdon vertreten. Der außerordentlichen Anfeindungen von Seiten der kommunistischen Delegierten ausgesetzt war. Die Debatte war ganz auf den Kampf gegen die englische Arbeiterregierung zugeschnitten, obwohl gerade sie an einer für die Einigung günstigen Lösung der indischen Frage gearbeitet hatte und obwohl sie die reaktionäre Kolonialbürokratie zu beseitigen trachtete, wie zum Beispiel den konservativen britischen Kommissar für Ägypten, Lord Lloyd. Das Manifest war ein einziger Mahnruf gegen die Sozialdemokratie, dessen Ton hinter dem der kommunistischen Tagespresse durchaus nicht zurückstand. Es endete mit folgender Parole:

„Für den unbarbarischen Kampf gegen die Sozialimperialisten, die internationale Sozialdemokratie und die Amsterdamer Internationale, die britische Arbeiterpartei und die American Federation of Labour und für die Entfaltung ihrer Helfer, der Reformisten in den Kolonien, als Leiter der imperialistischen Bourgeoisie.“ Die Kommunisten sind jetzt in der Liga gegen Imperialismus unter sich. Sie haben auch das letzte Heftenblatt beilegt: Marton wurde ausgetilgt.

Der Bund der Freunde der Sowjetunion

hat die Aufgabe, Auslandsfahrten vorzubereiten und Versammlungen mit den zurückgekehrten Delegierten zu veranstalten. Mit Vorliebe sucht man sich bei uns einen tschechischen Nationalsozialisten oder einen Sozialdemokraten aus, den man zum Delegationsführer erkürt, um ihn dann gegen seine Partei auszuspielen zu können. In der Tschechoslowakei ist ihre Organisation noch ziemlich jung. Sie besteht erst seit einem Jahr, soll aber schon über 8000 Mitglieder haben, die sich zum großen Teil aus sozialdemokratischen nationalsozialistischen, unorganisierten Arbeitern und Mitgliedern anderer Parteien zusammensetzen, wie das „Rude Pravo“ vom 8. November seinen flammenden Lesern eintrudelt.

Ueber die Stellung des Bundes zur Sozialdemokratie gibt eine vom internationalen Komitee der Freunde der Sowjetunion herausgegebene Broschüre Aufschluß, die den Titel trägt: „Verhindert den drohenden Krieg.“ Dort wird im Wettrud auf Seite 6 folgende Lüge verzapft: „An diesen ideologischen Vorberreitungen des Weltkriegs gegen die UdSSR. beteiligten sich die sozialdemokratischen und reformistischen Führer mit besonderem Eifer. Sie lieferten den Organisatoren der internationalen revolutionären Verschwörung das ideale Rüstzeug gegen die Sowjetunion. In allen imperialistischen Ländern sind die Sozialreformisten die Initiatoren der Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion.“

Von den übrigen kommunistischen Randorganisationen hat nur noch die

Rote Hilfe

etwige Bedeutung. Sie würde in Rußland durch die Gesellschaft ehemaliger politischer Zuchthäuser und Verbannter ins Leben gerufen und hat nach ihrem Programm die Aufgabe, die politischen Gefangenen der proletarischen Klasse durch finanzielle Hilfe und Rechtsbeistand zu unterstützen. Warum erklärt die R. H. nicht, in der Praxis tut man braucht sich dann nicht mit ihr zu beschäftigen, denn doch eine Arbeiterpartei ihre Anhänger in den Ländern des weißen Terrrors schützt. Ist eine Selbstverständlichkeit. Niemals wurde in Abrede gestellt, daß der Matteotti-Fonds, der zur Unterstützung verfolg-

ter Sozialisten in den Ländern ohne Demokratie dient, eine sozialdemokratische Institution ist. Von den Kommunisten wäre ein solch offenes Bekenntnis nicht zu erwarten, worauf es ihnen wie überall, so auch bei der roten Hilfe ankommt, das ist Seelenfang. Die bedauerlichen Opfer der Wirtschaftskrise und politischer Verleumdungen sind ihnen gut genug, die Basis für eine demagogische Hege gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Die Unterstützung von Nichtkommunisten lehnt die R. H. prinzipiell ab. Eine von der kommunistischen Partei abgefallene linkslinke Gruppe, die ihren Sitz in Goblons hatte, wurde wegen Geheimbündelei unter Anklage

Optimismus in Paris.

„Herzliche Loyalität“.

Paris, 14. November. Ueber die gestrigen Sitzungen der Gemischten deutsch-französischen Wirtschaftskommission ist französischerseits ein Kommuniqué ausgegeben worden, in dem es u. a. heißt, daß sich ein sehr günstiger Eindruck über die weitere Entwicklung der Verhandlungen ergebe.

Wie die Agence Havas zu den Nachmittags-Verhandlungen des Freitag mitteilt, mußten die Arbeiten der Kommission für etwa zehn Tage unterbrochen werden. Zwei Unterkommissionen sollen in Paris tagen, die beiden anderen in Berlin, wobei sie möglicherweise von Unterstaatssekretär Vignour begleitet werden. Obwohl man keine konkreten Ergebnisse aus dieser ersten Beratung erwarten dürfte, sei der allgemeine Eindruck doch zufriedenstellend.

Paris, 14. November. Die Partier Blätter sprechen allgemein die Erwartung aus, daß die deutsche Regierung ehestens eine Entscheidung treffen werde, d. h., daß sie die Einberufung des Beratungskomitees des VZB fordern werde, der sich aber auf die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit bezüglich der Reparationen, wie dies der Young-Plan festlegt, beschränken werde. Parallel mit diesem Ausschuh werde dann ein besonderer Expertenbeirat zusammentreten, der sich mit den übrigen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands befassen und Vorschläge über deren Regelung unterbreiten werde. In letzter Instanz werde dann die Konferenz der interessierten Regierungen entscheiden, die ansangs des nächsten Jahres entweder in Paris oder in Fontainebleau, wie einige Pariser Blätter fordern, zusammentreten würde.

Die tschechischen Agrarier im Spiegel der grünen Internationale.

Ein Beitrag zum Thema: „Der uneinige Agrarismus“.

In dem jüngst erschienenen Artikel über die politischen und nationalen Gegensätze zwischen deutschen und tschechischen Agrariern macht uns ein landlicher Leser auf einen Leitartikel in der deutsch-agrarischen Wochenschrift „Dorfbote“ aufmerksam, der das gleiche Kapitel mit einer Deutlichkeit behandelt, die wünschenswert zu wünschen übrig läßt. Im „Dorfbote“ vom 16. August d. J. machte der Landwirt Max Fritsch aus Jauchel (Nordmähren) folgende grimmige Feststellungen:

Er verweist darauf, daß trotz der verhältnismäßig starken agrarischen Vertretung im Parlament die tschechoslowakische Agrarpolitik bisher von Mißerfolg begleitet war, und schreibt, dies dürfe eigentlich nicht überraschen, denn:

„Mit Ausnahme der deutschen Landwirtschaftlichen Vertretung haben wir eigentlich keine agrarische Vertretung im Sinne dieses Wortes im Parlament. Es fehlt bei den tschechischen Agrariern der Wille, bis zur letzten Konsequenz die bäuerlichen Interessen zu vertreten.“

Fritsch spielt auf die Behauptung der „Lidové Noviny“ an, wonach unter den tschechisch-agrarischen Parlamentariern nur ganz wenige sind, die ein Vermögen unter einer Million besitzen, und fährt fort:

„Ich will auch gar nicht davon sprechen, daß nach dem Umsturz sich eine Menge tschechisch-agrarischer Führer auf die Aktien von Industrien und Banken stürzten, die den Deutschen abgenommen wurden, und infolgedessen eine rein agrarische Politik gar nicht mehr machen können; sondern mein Mißtrauen stützt sich auf ganz andere Tatsachen.“

Vor allem mangelt es an einer zielbewußten Führung, weiters sieht der tschechische Landwirtschaftler seine Aufgabe darin, über die Staatsform zu wachen und die innerpolitische Ruhe und Konsolidierung um jeden Preis anzustreben und aufrechtzuerhalten. Zu ihrem Ueberreifer in dieser Richtung gestellt sich noch als Begleiterscheinung ein gewisses Maß von nationalem Chauvinismus, und wir finden daher auch dort, wo es sich um Angriffe gegen die Deutschen handelt, ihr Sprachorgan, den „Venov“, immer an erster Stelle beteiligt.“

Diese falsche Einstellung — so argumentiert Fritsch weiter — führe dazu, daß auf der ganzen Linie der politischen Kampfhandlungen,

gestellt, ihr Führer haben die rote Hilfe um Unterstützung, worauf ihnen geantwortet wurde, daß die R. H. nicht für Konterrevolutionäre da wäre. Kein Sozialdemokrat, kein Arbeiter, der nicht die Zerschlagung seiner Klasse, sondern die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum Kampfe für den Sozialismus will, wird sich dazu hergeben, sich in den Dienst einer dieser Organisationen einspannen zu lassen, die als Werkzeuge in den Händen der Kommunisten die Gegensätze im Arbeiterlager verschärfen und somit die Sache der Reaktion und des Kapitalismus besorgen. wk.

Der Grazer Parteitag.

Referat Otto Bauers.

Stag, 14. November. Die heutige Sitzung des Parteikongresses der österreichischen Sozialdemokratie begann mit einem umfassenden Referat: Dr. Otto Bauer über die wirtschaftliche und politische Lage. Bauer befahte sich zunächst mit der Wirtschaftskrise im allgemeinen und führte u. a. aus: Wie überall, kämpfte man auch in Oesterreich um die Verhütung des finanziellen Zusammenbruchs. So sei es zum Budgetanierungsgefecht gekommen, das abzulehnen, eine sozialdemokratische Partei hätte verantworten können. Deshalb hätten sich die Vertreter der Sozialdemokratie unter der Bedingung zur Mitwirkung entschlossen, daß die Arbeitslosenunterstützung und die Kostandshilfe unbedingt gesichert bleiben sollten, und dieses Jugeständnis sei erreicht worden. Nun kam Bauer auf die Verzweiflung und Erbitterung der arbeitenden Massen zu sprechen, die infolge der täglich wachsenden Arbeitslosigkeit einen großen Umfang angenommen hätte. Bei den Arbeitern müsse laute daher der Gedanke auf, den gordischen Knoten mit Gewalt zu lösen. Dann würde aber, fuhr Bauer fort, die Pflicht gegenüber den Arbeiter vernachlässigt, wenn man die österreichische Arbeitererschaft nicht vor Unbesonnenheiten warnen würde. Es gehe da um die ganze Zukunft der österreichischen Arbeiterklasse. Selbst wenn es möglich wäre, durch einen revolutionären Akt die Macht zu erobern, so könnte man gar nichts mit der Macht anfangen; denn Oesterreich sei ein Land, das in seiner vollkommenen militärischen Wehrlosigkeit auf das Ausland angewiesen sei, ein Land, dessen Hauptstadt Wien von drei Seiten aus beschossen werden könne, ohne daß das Betreten österreichischen Gebietes notwendig wäre. Eine revolutionäre Diktatur in Oesterreich würde sich nicht einmal 14 Tage lang halten. Deshalb müsse man den österreichischen Arbeiter warnen. Bauer nahm dann zu der mehrfach erörterten Frage einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien Stellung. Im Prinzip lehne er sie ab, und doch, sagte er, könne die Notwendigkeit einer Koalitionsregierung eintreten, und zwar in kürzester oder längerer Zeit, wenn nämlich das Bürgertum nicht mehr und das Proletariat noch nicht in der Lage sei, allein zu regieren.

Die jüngsten Vorgänge im Nationalrat, erklärte Bauer, seien sehr deprimierend, da von verschiedenen Seiten die Haltung der sozialdemokratischen Partei in der Frage der Kreditanstaltensanierung nicht verstanden worden sei. Die Oesterreicher seien mehr als hundert Jahre lang von zwei Dynastien beherrscht worden, von der Dynastie Habsburg und der Dynastie Rothschild. 1918 sei das Ende für die Habsburger gekommen und es habe den Anschein gehabt, daß die Dynastie Rothschild folgen werde. Die Deszendenten, die mit der Bodentreditanstalt gemacht wurden, als Rothschild von der Jagd geholt wurde, um die Uebernahme der Bodentreditanstalt in die Wege zu leiten, haben schließlich dazu geführt, daß auch die Dynastie Rothschild unterlegen ist. Die Bemühungen der bürgerlichen Parteien gingen dahin, die österreichische Industrie an den französischen Großkapitalismus anzuknüpfen. Ehe man dies aber zuließ, blieb nichts übrig, als einen Großteil der österreichischen Industrie durch die Zustimmung zum Kreditanstalt-Gesetz zu retten.

Vielleicht ein kleines Staatsstipendium?

Wien, 14. November. Wie die „Neuen Wiener Nachrichten“ melden, befindet sich Dr. Frimex in der Schweiz, wo er die Erledigung seines Besuches um die Einreisebewilligung nach Jugoslawien abwartet. Wie die Blätter melden, befindet sich Dr. Frimex in einer prekären Lage und hat sich an seine Freunde in Wien um Hilfe gewandt.

Augenhandel der Tschechoslowakischen Republik im Oktober 1931.

Nach den Erhebungen des Statistischen Staatssamtes weist unser Spezialhandel im Monat Oktober 1931 folgende Daten aus:

Warengruppe	Oktober 1931		Oktober 1930	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1. Lebende Tiere	31.708	1.289	64.200	6.284
2. Lebensmittel u. Getränke	292.210	117.263	277.068	178.419
3. Rohstoffe	412.285	198.777	509.000	299.174
4. Fertige Waren	508.200	846.484	452.222	1.058.206
5. Ueberreste u. dgl.	3.280	1.281	2.876	620
6. Sonstige	1.102.214	1.108.774	1.297.542	1.200.350

Gesamtwert der Spezialeinfuhr und -Ausfuhr in der Periode Jänner—Oktober 1931 u. 1930 nach Gruppen der Brüsseler Nomenklatur:

Warengruppe	Jänner—Oktober 1931		Jänner—Oktober 1930	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1. Lebende Tiere	120.630	30.297	203.201	45.202
2. Lebensmittel u. Getränke	1.022.096	427.260	1.025.202	1.241.241
3. Rohstoffe	1.066.000	1.985.202	1.065.408	2.206.800
4. Fertige Waren	2.361.216	8.272.202	4.291.067	10.708.141
5. Ueberreste u. dgl.	30.760	14.884	27.208	10.221
6. Sonstige	28.964	28.964	28.964	28.964
Summen	5.519.199	10.871.210	10.044.506	11.441.120

Unsere Handelsbilanz war deshalb im Oktober 1931 mit dem Betrage von 60.290.000 Ks. im Oktober 1930 von 428.811.000 Ks. aktiv; in der Periode Jänner—Oktober 1931 mit dem Betrage von 1.233.713.000 Ks. Jänner—Oktober 1930 von 1.876.221.000 Ks. aktiv.

Zu dem jüngst erschienenen Artikel über die politische und nationale Gegensätze zwischen deutschen und tschechischen Agrariern macht uns ein landlicher Leser auf einen Leitartikel in der deutsch-agrarischen Wochenschrift „Dorfbote“ aufmerksam, der das gleiche Kapitel mit einer Deutlichkeit behandelt, die wünschenswert zu wünschen übrig läßt. Im „Dorfbote“ vom 16. August d. J. machte der Landwirt Max Fritsch aus Jauchel (Nordmähren) folgende grimmige Feststellungen:

Tagesneuigkeiten

Stefan Jandl ein Sechziger.

In voller Rüstigkeit und nie erlahmendem Arbeitssever begibt unser Genosse Stefan Jandl am 17. November seinen Sechzigster. Er muß es sich diesmal gefallen lassen, daß wir ihm ein paar Worte widmen, die dem Dankesgefühl Ausdruck geben sollen, das uns alle befeuert.

Genosse Jandl, der als Kind proletarischer Eltern in dem kleinen Böhm.-Wiesener geboren wurde, verlor frühzeitig seinen Vater und seine Mutter mußte als Tagelöhnerin und Gemeindegeldbesitzerin für den Unterhalt sorgen. Manches bittere Stunden gab es damals und der Stiefel lernte recht früh Not und Sorgen kennen. Der Messerschmied, zu dem Stiefel kam, nachdem er der Schule entwachsen war, hatte seine liebe Not. Der aufgeweckte Junge, der die ganzen Jahre hindurch am Dorfanger die Freiheit genoss, hatte kein Zügel. Dazu gab es überlange Arbeitszeit und lange Kost. Was Wunder, daß Stiefel eines Tages die Messerschmiederei an den Nagel hing. Er wurde Fabrikarbeiter. Hier erkannte der junge Jandl, daß es auch anders sein kann. Mit einer Reihe gleichgesinnter Arbeitskollegen legte er in vielen Orten des Schönheingauges den Grundstein zu den Organisationen. Mit dem Genossen Wenzel, dem verstorbenen Genossen Bartog und anderen durchzog der junge Feuerkopf Ort um Ort. In der politischen, der gewerkschaftlichen und auch der genossenschaftlichen Bewegung ist Stiefel der Führer des Schönheingauges geworden.

Der junge und begabte Mensch, dessen wertvolle Kraft bald erkannt worden war, kam als Angestellter des Konsumvereines nach Landkron, wo er auch das Amt eines Parteisekretärs versah. Im Jahre 1907 wurde er als Angestellter der Krankenkassa nach Mähr.-Trübau berufen. Die Union der Textilarbeiter, der Genosse Jandl seit 1901 angehörte, berief ihn im Jahre 1910 als Gewerkschaftssekretär nach Zwittau.

Nun feiert Stefan Jandl auch schon seinen Sechzigster! Die Genossen und Genossinnen, die ihn seit vielen Jahren kennen, — 30 Jahre ist er Mitglied seiner Gewerkschaft und 21 Jahre nun auch schon deren Sekretär — hoffen, daß er der Bewegung noch lange Jahre in Rüstigkeit und Frische erhalten bleiben möge.

Studenten.

Die letzten Tage brachten die Zeitungen aller Nationen Meldungen über studentische „Aktionen“ in Deutschland, Polen, Deutschösterreich und Jugoslawien.

In Deutschland, Polen und in der Stadt an der schönen blauen Donau, in Wien, ging es den Herren Studenten um die üblichen nationalen „Belange“. In Jena tagte ein Studentensynodus, der sich mit den Vorgängen in Halle beschäftigte und dessen Teilnehmer die weiße Ansicht vertraten, daß der Student sich nicht von marxistischem und pazifistischem Geist „verfeuchen“ lassen dürfe, und dieses „verwüsthche neudeutsche System“ bekämpfen müsse. Und so kämpften sie halt mit Schlagring und Sprechparole, von keines Gedankens Waffe angekränkt, gegen einen Geist, der sich trotz allem Ungeheiß, der ihm gegenübertritt, sich immer mehr zum Geist der Zeit formt.

Die polnischen und die Wiener Studenten haben sich diesmal auf der gemeinsamen Plattform des Antisemitismus gefunden und während in Polen der Schrei nach dem Numerus clausus ertönt, ohne daß man zur Stunde sagen kann, ob der Ruf gehört werden wird, antwortet der Protektor Hebersberger an der Wiener Universität auf den Ruf „Juden hinaus“ nur der die aufgeregten Studenten beschwichtigende Erklärung: „das neue Studentenrecht sei auf dem Wege und werde den nationalen Forderungen“ entsprechen. Wer die „nationalen Forderungen“ der Halbkreisstudenten kennt, dürfte aus dieser Äußerung den richtigen Schluß ziehen, daß die Wiener Studenten und die ihnen gesinnungsvorwandenen Professoren da den Polen schon um ein beträchtliches Stück voraus sind, was die letzteren wohl zu weiteren „Schritten“ veranlassen dürfte. Man darf sich also darauf gefaßt machen, in der nächsten Zeit werde eines Kampfes zu sein, der ganz im Sinne der „neuen“ studentischen Geisteshaltung liegen wird.

Da ist es doppelt wichtig, der jugoslawischen Studenten zu gedenken, die für die alten politischen Ideale der Studentenschaft stritten und im Gegensatz zu ihren von Gewalt, Diktatur und Unduldsamkeit befeuertesten Kollegen, für Demokratie und freie Meinungsäußerungen den Kampf führten. Unter welchen Umständen sie ihn führen mußten, berichtet diese schließliche Zeitungsmeldung:

Gratz. Wie aus Belgrad gemeldet wird, sind bei den letzten Studentenkundgebungen zwei Studenten, die sich aus dem Studentenheim in die Stadt begeben wollten, von Polizisten ergriffen und schwer mißhandelt worden. Der Universitätslehrer Lafer liegt im Krankenhaus im Sterben. Von zwei weiteren Studenten, die sich gleichfalls aus dem Heim entfernten, fehlt seit diesem Zeitpunkt jede Spur. Die Belgrader Polizei bestreitet, diese zwei Studenten in Haft genommen zu haben.

Es wäre schön, wenn diese Opfer nicht vergeblich wären und dem Sterben dieser Studenten das Erwachen eines studentischen Geistes allerorten folgen würde, gegen den sie

heute überall ankämpfen — gegen den Geist der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit.

Aber dieser Hoffnung darf man sich im Augenblick leider wohl kaum hingeben.

Der Igel.

Schon wieder Jugentgleisung.

Ulmüß, 14. November. Die Staatsbahndirektion in Ulmüß teilt mit: Am Samstag, den 14. November, um 16.23 Uhr ist auf der Strecke Friedel—Gullin bei den Einfahrtsweichen in Holesob der Personenzug Nr. 306 mit dem verschiedenen Lastzug Nr. 362 zusammengestoßen. Hierbei entgleisten drei Waggons des Lastzuges, während die Lokomotive des Personenzuges unerheblich beschädigt wurde. Durch die entgleisten Waggons war die Einfahrt in die Station Holesob von Friedel—Ristek aus verlegt. Vom Personenzug wurden fünf Personen leicht verletzt. Der Betrieb wurde bis etwa 20 Uhr durch Umsteigen aufrechterhalten, zu welcher Stunde das Hindernis beseitigt war. Die Ursache des Unfalles wird untersucht.

Drei Geschwister von Räubern ermordet.

Rom, 14. November. Gestern wurde in dem Dorfe Barlino bei Bergamo ein furchtbares Verbrechen verübt, das drei Todesopfer forderte. In das Haus der Brüder Magolini, zweier Männer im Alter von 62 und 67 Jahren, bei denen ihre 63jährige Schwägerin zu Besuch weilte, drangen um 7 Uhr abends unbekannte Räuber ein und töteten alle drei Geschwister durch Gewehrschüsse und verletzten schwer einen zu Hilfe eilenden Nachbarn. Sodann raubten sie Bargeld und Wertpapiere in der Höhe von 150.000 Lire und flüchteten.

Bürgermeisterwahl in Arnau. In der am 11. November stattgefundenen konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung Arnau wurde der Christlichsozialer Emil Reil mit 10 Stimmen gegen 9, die auf den Gewerdeparteiler entfielen, zum Bürgermeister gewählt. Zum ersten Stellvertreter wurde ein Angehöriger der Wirtschaftspartei, zum zweiten Stellvertreter Genosse Josef Strobl gewählt.

Wegen einer zerbrochenen Fensterscheibe in den Tod. Aus Rattowitz wird gemeldet: Zwei junge Arbeiter erschlugen aus Unvorsichtigkeit während der Fahrt die Scheibe eines Eisenbahnwagens. Aus Angst vor der Entdeckung sprangen sie aus dem fahrenden Zuge. Einer wurde von den Rädern erfaßt und getötet, während der andere mit schweren Verletzungen auf den Gleisen liegen blieb und erst mehrere Stunden später gefunden wurde.

Russolini auf dem Pegasus. Aus Paris wird gemeldet: Im Theater „Ambigu“ fand am Freitag die Premiere eines Theaterstückes statt, das Mussolini zusammen mit dem dramatischen Schriftsteller Fornazo verfaßt hat. Das Theaterstück führt den Titel „Die hundert Tage“ und behandelt das Leben Napoleons nach seiner Rückkehr aus Elba. Die Regie führte der größte französische Schauspieler Gémier, der auch die Rolle Napoleons spielte, wobei er sich an die Antefungen hielt, die ihm Mussolini hierüber selbst gegeben hatte. Das Theaterstück fand eine sehr günstige Aufnahme. Jrgend ein Zwischenfall hat sich nicht ereignet.

Dekensinjuz. In einem Hause in Neapel, das zum Teil als Privatschule eingerichtet war, zum Teil als Arbeiterquartier diente, stürzten in zwei Etagen die Decken ein. Dabei wurden vier Personen getötet, unter ihnen zwei Kinder, und 13 verletzt.

Vom Prager Rundfunk

Wieder belächelte uns die Woche an zwei Tagen Rundfunkübungen, deren wir nicht ungerne jugendlichen wichtigerer Stoffe entraten hätten. Am Sonntag spielte das Rarisbader Mangerquartett, eine hochstehende und sehr sauber zusammengearbeitete Vereinigung, ein Quartett von Lohmann, Geschichte, aber belanglose effektistische Musik. In der Begleitung zu den Liedern der Frau Martha Manger offerierte sich ein sehr feiner Klangreiz; an die schöne Stimme der Sängerin schmiegen sich die Streichinstrumente weit inniger an, als es das härtere Klavier vermag. Aber auch die Lieder waren nicht bedeutend. Die Unverständlichkeit des Wortes hat Frau Manger gemein mit der Sängerin vom Dienstag, Wally Horner, die Krken aus selten gehörten Opern zum besten gab. Während Koffin immer anmutig, temperamentvoll, reizend blieb, wollen die Proben von Höp, Massenet und Mailart nur erdärten, daß diese Komponisten nicht zu Unrecht selten gehört werden. Diese Akterwelt- und Allegrokunst hat uns nichts zu geben.

In seinem Schall überholt nicht auch das Hörspiel „Freunde“ von Rudolf Fuchs (Samstag). Die sanft melancholische Stimmung von Schnitzlers „Anatol“ geht doch einer dahingehenden Zeit an, dem Absterben des altbürgerlichen Liberalismus. Von den Damen zu listen und so Bertram und den Herren Hölkin und Kühne ward das keine Werk ausgezeichnet gesprochen. Es scheint, daß wir recht hatten, an unserer Senderleitung den Wunsch nach aktuelleren Hörspielen zu richten. Es taugt nichts und ruiniert wieder das Interesse an der Einrichtung, wenn der Rundfunk hier den Trogen der Gegenwart so beflissen aus dem Wege

Grub in den Wellen. Der Schlepper „Troise“ kehrte nach mehrtägiger Fahrt in seinen Heimathafen Brest zurück, nachdem er vergeblich den am Cap Finistere in Seenot geratenen Dampfer „Giorgios“ gesucht hatte, den ein anderer Schlepper gesichtet hatte. Man muß annehmen, daß die restlichen 18 Mann der Besatzung des „Giorgios“, die von diesem Schlepper nicht gerettet werden konnten, umgekommen sind.

Verhaftung eines internationalen Betrügers. Freitag wurde der internationale Betrüger Artur Hegner und seine Lebensgefährtin Anna Belasova aus Tnaba dem Budweiser Kreisgericht eingeliefert. Hegner war im ersten Hotel der Stadt abgestiegen und hatte sich als Artur Klein eingetragen. Er hatte sich bei Expeditionsfirmen als Direktor der Firma Transylbanit A.G. in Klausenburg in Rumänien vorgestellt und über den Transport einiger Waggons Waren ins Ausland verhandelt. Er hatte auch Bestellungen auf mehrere tausend Kilogramm Schokolade abgeschlossen und vielfach Geldvorschüsse herausgelockt. Nach seiner Verhaftung wurde sein richtiger Name festgestellt. Er hatte Visitenkarten bei sich, die auf die Namen Klein, Weiner, Artur Härtl mit hochtrabenden Titeln lauteten, so daß der Verdacht besteht, daß noch eine ganze Reihe von Betrügereien nicht ausgeforscht werden konnte. Es wurden Reisefokker beschlagnahmt, in denen sich verschiedene Stempeln befanden und festgestellt, daß Hegner auch in Deutschland, Oesterreich, Südbanien, Ungarn und Rumänien seine Betrügereien ausführte.

Drei Todesopfer eines Brandes. In einer Bäckerei in Brüssel brach vorgestern gegen dreiviertel 12 Uhr aus bisher unbekannter Ursache Großfeuer aus. Zwei Frauen, denen der Weg ins Freie durch die Flammen versperrt war, stürzten sich in ihrer Verzweiflung aus dem zweiten Stockwerk auf die Straße. Insgesamt mußten fünf Personen ins Krankenhaus gebracht werden, von denen zwei ihren Verletzungen erlegen sind. Um 2 Uhr morgens war die Feuerwehrr noch mit der Bekämpfung des Feuers beschäftigt. Die Feuerwehrr fand in einer Mansarde des Hauses die Leiche einer alten Frau.

Piccard's Vorbereitungen zu einem neuen Stratosphärenflug. Die „Neue Augsburger Zeitung“ bringt nähere Mitteilungen zu dem neuen Stratosphärenflug vom Professor Piccard. Danach beabsichtigt dieser, im kommenden Frühjahr die Vorbereitungen zu dem Flug zu beginnen. Er organisiert und überwacht den neuen Aufstieg, wird aber selber nicht mitgehen. Der Ballon wird diesmal mit 2000 Kubikmetern Wasserstoffgas gefüllt werden und kann dann die Höhe von 16.500 Meter erreichen. Ein mit dem Spezialgebiet der kosmetischen Strahlenforschung vertrauter Physiker, Piccards Schüler Coshns, hat sich bereit erklärt, aufzusteigen.

Prozeß gegen 55 Nazis. Vor dem Schöffengericht Oranienburg begann am Donnerstag eine auf etwa 14 Tage berechnete Verhandlung gegen 55 Nationalsozialisten. Die Anklage lautet auf schweren Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Vergehen gegen das Waffengesetz usw. Die 55 Nazis werden beschuldigt, am 24. September auf Grund eines Organisationsplans des nationalsozialistischen Stadtbewachtes und NSDAP-Ortsgruppenleiters Fuchs einen Feuerüberfall auf das Oranienburger kommunistische Verkehrslokal verübt zu haben. Fuchs bestreitet, sich strafbar gemacht zu haben.

64,48 Millionen Reichsmark. In einer vom Reichsinnenministerium dem Reichstag übermittelten Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes wird die Ein-

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen Montag.
 Prag: 11: Schallplatten. 14.10: Schallplatten. 18.25: Deutsche Sendung: Baglit: Vorklefung; aus eigenen Werken. 19.25: Lieder. 20: Requiem von Verdi. — Brünn: 18.25: Deutsche Sendung: Prof. Dr. Brelholz: Die Zeit der Entstehung des Welt Handels. 19.25: „Die Geliebte“, Lustspiel. — Mähr.-Ostrian: 18.25: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Prof. Rapp: Physik und Technik. 19.25: Besliben-Dorfmusik. — Preßburg: 15: Orchesterkonzert. 17.40: Kammermusik. 22.20: Schrammelmusik. — Berlin: 16.30: Moderne Chöre. — Breslau: 20.30: Pötel und Balladen. — Hamburg: 21: Songs. — Leipzig: 21.20: Sinfoniekonzert. — Wien: 19.30: Joh. Seb. Bach.

Dienstag.
 Prag: 12.15: Schallplatten. 14.10: Schallplatten. 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Penzel: 8 Minuten Chinesisch. 19.20: Jugoslawische Lieder. 21: Violinkonzert. 21.30: Klavierkonzert. — Brünn: 12.35: Orchesterkonzert. 14: Schallplatten. 18.25: Deutsche Sendung: Hübcl: Bauernidyll. 21: Konzert. — Mähr.-Ostrian: 11: Orchesterkonzert. 21: „An Russland“, Lustspiel. — Preßburg: 15: Orchesterkonzert. 21: Militärmusik. — Berlin: 18.25: Klaviermusik. 21.10: Sinfoniekonzert. — Hamburg: 20: Franz Schubert: Konzert. — Leipzig: 21.30: Violinkonzert. — Wien: 19.35: Wiener Musik.

wohnziffer für das Deutsche Reich ohne das Saargebiet für Beginn des Jahres 1931 mit 64,48 Millionen angegeben. Weiter wird mitgeteilt, daß seit 1900 die Zahl der Lebendgeborenen von fast 2 Millionen auf 1,196,800 im Jahre 1930 gesunken ist. 1913 war der Geburtenüberschuß fast doppelt so groß wie 1930. Die Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit hat sich in den letzten Jahren verringert.

Schmuggler-Schiff. An der polnisch-österreichischen Grenze wurde ein 29jähriger Bayernsohn von Zollwächtern auf der Flucht erschossen. Der Junge wollte ein Pferd über die polnische Grenze schmuggeln.

Die verlebte Lehrerin. Michail Kalinin, der Präsident der Sowjetunion, ist in repräsentativer Hinsicht auch die Funktion eines Staatspräsidenten der Sowjetunion aus und ist in Russland außerordentlich populär. In seiner Beliebtheit, besonders in ländlichen Kreisen, hat nicht wenig seine gern geborene bayerische Abstammung beigetragen. Er bekommt deshalb auch viele Zuschriften vom Lande. Eines Tages schrieb ihm eine landwirtschaftliche Lehrerin, die kurz vorher einen Vortrag von ihm gehört hatte, einen überdieswenglich begeisterten Brief. Unbekümmert um das hohe Alter Kalinins — er ist schon weit über sechzig — schrieb die Lehrerin, es sei ihr höchster Wunsch, von so einem Manne wie Michail Iwanowitsch, am liebsten von ihm selbst, ein Kind zu haben. Kalinin ist ein sehr gütiger Mensch, und er war in einiger Verlegenheit, wie er hier helfen könnte, da die Gesetze der Natur seiner diktatorischen Allmacht eine Grenze setzen. Aber er wußte sich zu helfen. Der (damalige) Volkskommissar für Unterrichtswesen — Lunatscharski — ist ein junger Mann, und außerdem handelt es sich ja um eine Lehrerin, denkt Kalinin. Darauf schrieb er auf den Rand des Briefes: „Beitritt Lehrerin: soll Lunatscharski erledigen“.

Perkales in Dalslag. In Länaburg bei Dalslag (Neu-Schweden) hat ein dreieinhalbjähriger Knabe das Gewicht von 100 Pfund erreicht. Das geistig sehr aufgeweckte Kind, dessen Körperkräfte ganz enorm sein sollen, ist 106 Zentimeter groß und hat einen Taillenumfang von 82 Zentimetern.

Abgebranntes Schloss. In Lintach bei Amberg (Bayern) wurde das Schloss des Freiherrn von Braunberg bis auf die Grundmauern eingestürzt. U. a. wurden wertvolle Kulturdokumente, darunter Urkunden von Kaiser Maximilian, ein Raub der Flammen.

geht. Daß er das gar nicht nötig hat, zeigen ja die Vorträge.

Die Darstellung der Persönlichkeit Bernhard Bolzano durch Univ.-Prof. Dr. Ed. Winter ist wohl stofflich auch noch Vergangenheit. Trefflich wurde des Philosophen Persönlichkeit aus seiner Abstammung, seiner Umwelt und ihren geistigen Wirkungen entwickelt; in kurzen Strichen die Lebensarbeit Bolzanos umrissen. Aber in der Beziehung zur Gegenwart erhält dieses Historische doch mittelbaren Wert auch für uns. Bolzano war Logiker, und da die Logik wohl die Grundlage, aber doch nur die Vorbedingung für alles philosophische Denken ist, so wirkte auch sein Hauptwerk, die „Wissenschaftslehre“, nur indirekt in der Weiterarbeit anderer, die Allgemeinheit ward und wird sich dieser Wirkung nicht bewußt. Aber in dem Philosophen zeigt sich uns zugleich einer der letzten jener groß und frei denkenden jolephinitischen Priester, die, aufrichtig und wahrhaft fromm, aus der Religion nicht mehr den Nebel volkrecherkummenber Mystik machen, sondern eine dem Glück und Fortschritt der Massen dienende Sittenlehre entwickeln wollten. Das Schicksal Bolzanos, der wegen dieser Bestimmung von der Metierlichen Reaktion seines Lehramts beraubt wurde, zeigt uns die verhängnisvolle Wandlung von der Aufklärung des 18. zur Kirchlichkeit des 19. Jahrhunderts bis in unsere Tage. Priester wie Bolzano sind selten geworden. Und wenn sie mutig hervortreten, werden sie von der Kirche gebannt.

Ganz frisch ins Leben der Gegenwart griffen die anderen Vorträge der Woche. Als Beginn einer neuen Reihe „Wir betreiben Winterport“ kennzeichnete Franz Oberhall, Prag, den Wert winterlicher Körperübungen im Freien und gab gute praktische Ratschläge für zweckentsprechende Winterport-

ausrüstung. Die neue Reihe kann sehr vorteilhaft gegen allerlei Unernunft und Hebertreibungen des Sports für seine richtige Ausübung wirken. Sie soll sich nur nicht wieder zu einer bloßen Reklame für Winterportplätze erniedrigen lassen.

Die Arbeiterbewegung tritt unter einer Betriebsführung, konnte nur sehr unvollständig gehört werden. Karl Lederer, Karlsbad, sprach über private und öffentliche Wirtschaft, charakterisierte beide und zeigte auf, daß die Entwicklung der letzten Jahre immer offenkundiger zur Erweiterung der öffentlichen Wirtschaft auf Kosten der privaten hinstrebe. Am Ende führte die Gemeinde- und Staatswirtschaft freilich könnte uns so ein einfacher Sozialismus nicht genügen; er bedeutet nur Ausbeutung auf erweiterter Stufenleiter, wenn wir nicht gleichzeitig den Staat beherrschen, um ihm jene gesellschaftliche Form zu geben, welche die richtige Anwendung dieser Wirtschaftsmacht verbürgt.

In der landwirtschaftlichen Sendung endlich ging Dr. Hermann Seitzing, da er von landwirtschaftlicher Selbsthilfe sprach, wieder von der Krise der Landwirtschaft aus. Der Winter bietet den Bauern Zeit zum Nachdenken über Hilfsmittel ihrer eigenen Kraft; hierzu wurden praktische Beispiele gegeben (Düngung, Saatgut usw.). In der Bremeriana, daß der Bauer heute um seine Scholle kämpfe, liegt ein Hinweis auf das moderne Bauernleben von kien des großen Bankrottens, eine soziale Umwälzung ersten Ranges. Und aber erscheint dabei wieder der Unterschied zwischen dem Bauern und dem Industrieproletarier: jener hat doch noch eine Scholle zu verteidigen und ist damit noch Verteidiger des Bestehenden. — Dieser hat nichts als seiner Hände Kraft und Geschicklichkeit; sein ganzes Heil liegt in einer besseren Zukunft. Hülshaus.



Erik Charell, der Regisseur des Ufa Tonfilms der Erich Pommer Produktion „Der Kongreß tanzt“



Eine zeitgemäße Erinnerung.

Wenn man gegen jede „Revision“ ist.

Die schroffe Ablehnung der Aeußerungen des Senators Borah über die notwendige Revision des Vertrages von Versailles durch Franzosen, und Polen und andere Rumpstücker der gegenwärtigen Unordnung läßt eine beinahe vergessene Episode aus der Anfangszeit Wilhelms II. wieder aktuell und in mancher Hinsicht höchst lehrreich erscheinen. Wie aus eben jetzt in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten Tagebüchern Ludwig Bambergers und anderen Dokumenten hervorgeht, hat der Prinz von Wales, der spätere König Eduard VII., der Vater der Entente, im Juni 1888 anlässlich des Begräbnisses Kaiser Friedrichs III. dem neugeborenen Kaiser Wilhelm einige Revisionsvorschläge gemacht. Er wollte ihn nicht nur zur Revision des Proger Friedens (im Sinne einer teilweise Wiederherstellung Hannovers und des welfischen Königums), sondern auch zur Revision des Frankfurter Friedens, nämlich zur freiwilligen Abtretung der französischen Teile von Lothringen bewegen. Wie es seine Art war, antwortete Wilhelm darauf öffentlich und kaum verblümt in einer Rede, die er in Frankfurt a. O. bei einer Denkmalweihe hielt. Er schloß (am 16. August 1888) diese Rede mit den Worten:

... daß wir lieber unsere gesamten 18 Armeekorps und 42 Millionen Einwohner auf der Strecke liegen lassen, als daß wir einen einzigen Stein von dem, was mein Vater und der Prinz Friedrich Carl errungen haben, abtreten.“

Man sieht: Wilhelm hat sich nicht weniger energisch als die Nutznieher von Versailles gegen jede „Revision“ gestellt. Er hat aber sein Ziel nur zur Hälfte erreicht. Zwar blieben 18 Armeekorps und weit mehr der deutsche Menschenverluft im Kriege bedeutet mindestens den von 50 Armeekorps!) auf der Strecke, war zählt das deutsche Volk fürchtbar für den Mut des Großvaters von Doorn, aber nicht einmal diese Opfer haben verhindert, daß die Geschichte revidiert hat, was man nicht selbst revidieren wollte. Nicht nur Französisch-Lothringen, auch das Elsaß, Oberschlesien, Westpreußen, Danzig mußten geopfert werden.

Die Geschichte läßt sich nichts abhandeln. Früher oder später wird, was nicht recht und nicht vernünftig war, revidiert werden. Nur daß die erzwungenen und mit unmöglichen Opfern bezahlten Revisionen dann neues Unrecht schaffen und neues Unglück zeugen.

Es würde manchem Antirevisionisten von Leute, der auf seinen Konten sitzend den Raub für ewige Zeiten gesichert wähnt, nicht schaden, für wenn er sich der Vergangenheit erinnerte. Aber es würde auch den deutschen Unschuldsposteln und den Revisionisten hakenkreuzerlicher Couleur nicht schaden, wenn sie an dem angeführten Beispiel lernen würden, daß Wilhelm II. und die Spiel lernenden um kein Gran besser waren als die französischen und polnischen Revisionisten von heute.

DIE LOGIK UND DER MINISTER

Von A. Awertischenko.

Bei der Registrierung eines Landes erschien ein junger Mann mit spitzbübischem Gesicht und sagte: „Führen Sie mich zu einem technisch gebildeten Minister. Ich habe eine wichtige Mitteilung zu machen.“

„Welcher Art wäre Ihre Mitteilung?“ fragte man ihn.

„Militärischer Art. Ich habe eine wichtige Entdeckung im Flugzeugbau gemacht und will sie verkaufen.“

Alle waren sehr erfreut und führten ihn gleich zum Kriegsminister.

Der Kriegsminister war auch sehr erfreut. Er bot dem Erfinder höflich einen Platz an und sagte:



„Bitte, erklären Sie mir Ihre Erfindung genau!“

Der junge Mann breitete vor dem Minister mehrere Pläne und Zeichnungen aus und sagte:

„Ich habe einen Luftkissen erfunden, viel ausdauernder und tragfähiger als alle bisher bekannten Luftschiffe. Er ist von den Veränderungen in der Atmosphäre ganz unabhängig und überdies unverlegbar.“

Der Minister überprüfte alles genau und sagte: „Das stimmt! Was wünschen Sie für Ihre Erfindung?“

„Eine Million!“

„Sehr wohl!“ legte der Minister und umarmte den jungen Mann. „Hier haben Sie einen Scheck auf die Staatsbank. Gehen Sie sofort hin! Sie bekommen noch heute die Million!“

„Ich habe aber noch etwas für Sie“, sagte lächelnd der Unbekannte.

„Ja? ... Was denn?“

„Ich habe nämlich ein Geschäß erfunden, das selbst dieses Luftschiff herunterziehen kann. Bei meinem Geschäß ist überhaupt kein Flugzeug nötig.“

„Das ist seltsam...“ sagte der Minister. „Sie sollten sich eigentlich schämen! ... Sie haben ein so großartiges Luftschiff erfunden und ... und gegen das“



Luftschiff ein Geschäß! Das ist sogar unanständig!“

„Ich sehe darin nichts Unanständiges“, lächelte der Unbekannte. „Die Kriegstechnik muß fortwährend vervollkommen werden, wenn wir überhaupt Aussicht haben sollen, im Kampf gegen den Feind zu bestehen!“

„Um... Allerdings... Ich würde es aber eher verstehen, wenn ein anderer das Geschäß erfunden hätte...“

„Ist es Ihnen nicht eierlei, Herr Kriegsminister? Wäre es Ihnen lieber, wenn ich mir eine“

oraus Perrücke und eine blaue Brille aufsetzte, um mich Ihnen als der andere vorzustellen?“

Der Minister sah das ein, denn er war gar nicht dumm.

„Sie haben recht!“ sagte er. „Für Kinderlein haben wir kein Verständnis und keine Zeit... Wir müssen Ihnen also für die neue Erfindung wieder zahlen, wieviel?“

„Eine Million!“

Der Minister schrieb noch einen Scheck über eine Million und reichte ihn dem Erfinder. Er klopfte ihm dann Hutknopf auf die Schulter.

„Sie sind ein sehr fähiger junger Mann!“ sagte er.

„Und ob!“ lachte der Unbekannte. „Ich bin sehr fähig.“

„Tatsächlich!“ sagte der Minister. „Sie haben ja ein so schreckliches Geschäß erfunden.“ — Der Erfinder wehrte bescheiden ab. „Nicht so schrecklich, wie es scheint.“

„Wieso nicht?“ fragte der Minister. „Wie ich aus Ihren Zeichnungen ersehe.“

„Allerdings!“ bestätigte der Erfinder. „Für die Luftschiffe, wie sie heute sind, ist mein Geschäß gewiß schrecklich, aber...“ Der Unbekannte zwinkerte dem Minister zu. „Aber was werden Sie sagen, wenn ich Ihnen ein kleines Geheimnis anvertraue... Ich habe für den Luftkissen eine besondere Hülle erfunden, die selbst meinem Geschäß widersteht!“

Der Minister griff sich an den Kopf.

„Sie wollen mich zur Verzweiflung bringen! Das ist ehrlos, ja niedrig von Ihnen, solchen Spott mit mir zu treiben!“



Der Unbekannte sah düster drein. „Ich sehe darin nichts Niedriges. Was haben Sie an mir auszuüben? Ist mein Luftschiff etwa schlecht? Es ist gut, großartig gut! Ist mein Geschäß schlecht? Das beste Geschäß, das es heute gibt!“

„Ja, aber Sie hätten mir gleich Ihre Wunderhülle anbieten können!“

„Wo denken Sie hin“, entwiderte kühl der Unbekannte. „Die Entwicklung der Kriegstechnik wie der gesamten Kriegsführung erfolgt langsam und allmählich. Sprünge gibt es hier nicht!“

Der Minister wollte einwenden, daß es ihm lieber wäre, wenn ein anderer diese neue Erfindung gemacht hätte, aber er befürchtete, daß der Unbekannte sich wieder erbötig machen würde, eine Perrücke aufzusetzen, und fragte kurz:

„Wieviel?“ — „Eine Million!“

„Nehmen Sie eine halbe Million!“ — „Ein anderes Land würde mir zwei Millionen geben!“ Der Minister seufzte schwer und stellte einen dritten Scheck über eine Million aus. Der Unbekannte erhob sich, drückte dem Minister die Hand und machte zwei Schritte gegen die Tür.

„Sind Sie aber sicher, daß die Hülle selbst dem größten Geschäß trotzen wird?“ fragte noch einmal der Minister auf alle Fälle.

„Garantiert! ... so lange keine neuen Geschosse erfunden werden“, antwortete lächelnd der Unbekannte. — „Hoffentlich werden keine neuen Geschosse erfunden werden“, tröstete sich der Minister.

„Doch sie werden erfunden werden!“ — „Alle Teufel! ... Wann?“



RAUCHEN SIE?

Dann kennen Sie wohl auch den leidigen Raucher-Katzen mit seinem beständigen Hustenreiz, Räuspern und Niesen, die Sie besonders beim Sprechen und morgens beim Erwachen belästigen.

Veruchen Sie einmal

LAKEROL-TABLETTEN

und Sie werden erstaunt sein, daß beim Gebrauch derselben sofort alle Unstände verschwinden und einem angenehmen erfrischenden Gefühl in Mund und Hals Platz machen. Lakerol-Tabletten wirken erfrischend, stimulierend, wickeln von Husten, Heiserkeit und Halsentzündungen und sind dabei wohlschmeckend und leicht zu nehmen. In allen Apotheken u. Drogerien in Originalpackungen zu K 20.— u. K 10.—

F. AHLGREN, Teekulaka Fabrik, GEFLE (Schweden). Generaldepot: BRAUNER'S APOTHEKE, PRAG. Pttkopy 12. Im Palais Sylva Tarouca.

„Sie sind schon erfunden!“ — „Von wem?“ — „Von mir!“

„O verflucht! ... Warum schweigen Sie?“ — „Ich schweige ja nicht! Ich gestehe Ihnen offenherzig, solche Geschosse sind schon erfunden!“ Der Minister lachte wild: „Nun werden Sie uns Ihre neuen Geschosse zum Kauf anbieten?“ ... Und wenn wir diese bezahlt haben, werden Sie Ihre spitzbübishe Barbe in ein abscheuliches Lächeln verzerren und andeuten, daß Sie wieder einen neuen Finger erfunden haben, der selbst diesen Geschossen trägt! Gestehen Sie, daß ich richtig geraten habe!“

„Ja, ich gestehe, daß Sie diesmal richtig geraten haben“, sagte kleinlaut der Unbekannte.

Der Minister rief sich ein Bündel Haare aus dem Kopf und keulte: „Verflucht sollen Sie sein. Blutsauger! Sie treiben unser Land in den Ruin! Sagen Sie mir wenigstens, wer Sie sind, wie Sie heißen, damit unser verarmtes und verblutetes Volk Ihnen auf allen Straßenecken Lachen kann!“

Der Unbekannte wendete sich zum Ausgang. Sein Gesicht war blaß; seine Rippen zitterten.

„Sie können schimpfen und fluchen, so viel Sie wollen“, sagte er. „Davon werden Sie nicht geschelter und ich nicht gemeiner. Wer ich bin, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen. Wenn Sie sich betrubelt haben, werden Sie schon darauf kommen, daß ich die fleischgewordene Logik, der gesunde Menschenverstand auf zwei Beinen bin! Sie sind nicht dumm, aber auch nicht klug genug, um im Augenblick nicht zu begreifen, daß es gleichgültig ist, ob unser Land und unser Volk in zehn Jahren oder in zehn Minuten zugrunde gerichtet werden. Bei Ihnen ist der wahre gesunde Menschenverstand erschienen und Sie wollen ihn mit ein paar Schreien erleidigen. Sie armerlicher Mensch! Allerdings, ich, der schlichte gesunde Menschenverstand, habe bei Ihnen nichts zu suchen! Jeder richtet sich nach seinem Geschmak zugrunde! ... Sie haben selbst nicht den Mut, sich ein für allemal zugrunde zu richten! ... So entschuldigen Sie die Belästigung! Sie werden mich nie mehr wiedersehen!“

Und der Unbekannte eilte fort von der Regierung des oben erwähnten Landes.

(Aus dem Russischen von Hip.)

Anekdoten.

Von Abedo.

Professor J., der bekannte Internist, behandelte lange Zeit einen Patienten und gab den Fall schließlich als hoffnungslos auf. Einige Monate später traf er ihn auf der Straße, gesund, rosig, quatschbergfröhlich. Der Mann eilte auf ihn zu, drückte ihm die Hand.

„Sehen Sie, Herr Professor, ich bin wieder ganz der Alte!“

„Ich dachte, Sie wären längst gestorben“, sagte J. ehrlich überrascht.

„Wäre ich auch, wenn mich nicht Ihr Kollege Professor K. mit Diathermie behandelt hätte.“

„Dann sind Sie falsch behandelt worden.“ Sagte J. ärgerlich, drehte sich um und ging seines Weges.

Bail fragte einen Physikatandenaten nach den Maßnahmen zur Bekämpfung der Malaria.

Der junge Arzt, ein Ungar, war zwar glänzend vorbereitet, sprach aber schlecht deutsch. Er zählte auf, was er wußte. Aber Bail wollte etwas über die Anpflanzung von Eulalyptus hören.

Der Kandidat stockte und Bail fragte gutmütig:

„Alles recht schön, aber was können Sie denn noch tun?“

Der junge Mann runzelte die Stirn und dachte angestrengt nach. Dann kam die Erläuterung und er sagte:

„Ich pflanze Kattusse.“

Professor K., ein Dermatolog von ebenso großem Können wie treffendem Witz, sah sich genötigt, einen Kandidaten, der einem spöttischen Auschlag mit absoluter Verständnislosigkeit gegenüberstand, durchfallen zu lassen. Der gekränkte Student ging zur Tür, sagte den Prüfer, drehte sich noch einmal um und moß den Prüfer mit einem nicht mißzuverstehenden Blick. K. folgte ihm lächelnd mit den Augen und sagte trocken:

„Sie mich auch, Herr Kollege.“

Persil enthält sehr viel allerbeste Seife!

Persil ist außerordentlich ergiebig. Nehmen Sie auf 3 Eimer Wasser 1 Paket Persil ohne jeden weiteren Zusatz. Die Persil-Lösung wird halt bereitet. Die Wäsche wird nur einmal kurze Zeit gekocht.

Sie sehen, eine einfache Sache; man muß es nur richtig machen.

Persil bleibt Persil



